

Landesbank Berlin Holding AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2011 (HGB)



Zufriedene Kunden sind unser Anspruch.

## **Landesbank Berlin Holding AG**

### **Jahresabschluss und Lagebericht 2011 (HGB)**

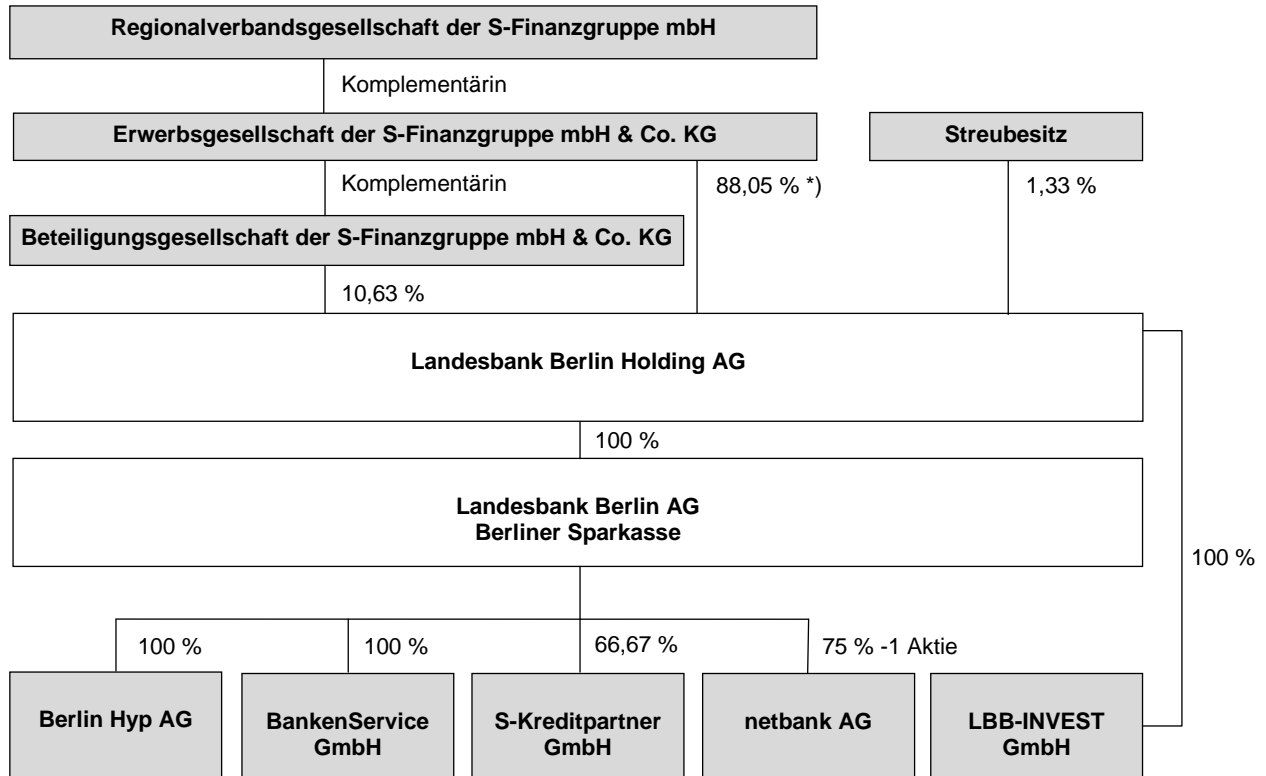
#### **Inhalt**

Lagebericht	1
Das Unternehmen im Überblick	1
Allgemeiner Verlauf im Überblick	24
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2011	29
Risikobericht	35
Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	94
Jahresabschluss	102
Bilanz	102
Gewinn- und Verlustrechnung	103
Anhang	104
Anlagen zum Anhang	121
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	128
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	130
Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns	131
Bericht des Aufsichtsrats	132
Corporate Governance-Bericht	138

# Das Unternehmen im Überblick

## Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin Holding AG im Konzernverbund stellte sich zum 31. Dezember 2011 wie folgt dar:



\*) Die Anteilsquote beträgt 88,0459 % und wurde aus Gründen der vereinfachten Darstellung aufgerundet.

- Die börsennotierte Aktiengesellschaft Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Mehrheitsaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,05 % \*). Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft somit 98,67 %. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe

---

mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB unterhält Niederlassungen in London und Luxemburg; sie ist Trägerin der Berliner Sparkasse (§ 3 Abs. 2 des Berliner Sparkassengesetzes). Die Berliner Sparkasse ist eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz) und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns wie die BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin (BankenService), die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp) und die S-Kreditpartner GmbH (SKP).

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG hat der Landesbank Berlin Holding AG am 8. November 2011 mitgeteilt, die Aktien der Minderheitsaktionäre der Landesbank Berlin Holding AG im Wege eines aktienrechtlichen Squeeze out-Verfahrens nach §§ 327a ff. AktG übernehmen zu wollen. Im Ergebnis des Squeeze out-Verfahrens erhalten die Minderheitsaktionäre eine angemessene Barabfindung nach den gesetzlichen Vorschriften.

Gemeinsam mit der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG (Deutsche S-Leasing) ist das Joint-Venture S-Kreditpartner GmbH gegründet worden. Am 1. Juni 2011 nahm die SKP planmäßig ihre Arbeit auf. Die Gründung ist ein Kooperationsangebot im Sparkassenverbund mit dem Ziel der Forcierung der Auto- und der Konsumentenfinanzierung. Im Oktober 2011 wurden ausgewählte Kreditportfolien der readybank ag in die SKP übernommen. Kerngeschäft der SKP sind Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), Autofinanzierungen und Händlereinkaufsfinanzierungen. Zusätzlich hat der BankenService von der readybank ag sämtliche Geschäftsanteile an deren Servicetochter readypartner gmbh erworben. Die readypartner gmbh wurde zwischenzeitlich in SDZ Rhein-Ruhr GmbH umfirmiert.

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement, die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus

dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Infrastruktur, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung und Recht, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des Bankenservice und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

<b>Landesbank Berlin</b>			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

---

## **Vorstand und Ressortverteilung**

Herr Dr. Thomas Veit hatte seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Holding hatte mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 Herrn Martin K. Müller in den Vorstand der Holding bestellt und der Aufsichtsrat der LBB hatte Herrn Jan Bettink mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB bestellt.

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2011 der Vorsitzende Herr Dr. Johannes Evers sowie Herr Martin K. Müller an. Sie waren zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Dem Vorstand der LBB gehörten zum 31. Dezember 2011 darüber hinaus die Herren Jan Bettink, Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz und Patrick Tessmann an.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum 31. Dezember 2011 wie folgt geregelt:

### **Dr. Johannes Evers**

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Unternehmensentwicklung und Recht

Revision

Personal

Finanzen

Compliance

### **Jan Bettink**

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

### **Serge Demolière**

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

---

**Hans Jürgen Kulartz**

Landesbank Berlin AG

Firmenkunden

Organisationssteuerung

Infrastruktur

Einkaufsmanagement

**Martin K. Müller**

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Risiko und Controlling

Kredit

Risikobetreuung

BankenService GmbH

**Patrick Tessmann**

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

---

## **Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG haben eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 abgegeben.

Weiterhin hat die Gesellschaft Informationen zu Unternehmensführungspraktiken abgegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen und als praktische Umsetzungen des DCGK anzusehen sind.

Zur Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen hat die Gesellschaft eine Beschreibung vorgenommen.

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Erklärungen zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Internetseite [www.lbb-holding.de](http://www.lbb-holding.de) zu veröffentlichen.



---

## **Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat**

Das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) wird im folgenden Vergütungsbericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 erläutert. Die zusammengefasste Darstellung erfolgt aus Gründen der Transparenz und im Interesse der besseren Übersichtlichkeit für beide Gesellschaften in einem Bericht. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Alle operativen Aufgaben, mit Ausnahme der Grundfragen der Unternehmenspolitik und der Beteiligungsrechte, werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von der LBB wahrgenommen. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

### ***Vergütung des Vorstands***

Die Vergütung des Vorstands im Berichtszeitraum entsprach den Anforderungen des § 87 Aktiengesetz (AktG), dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) sowie den aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV).

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom jeweiligen Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Dieses ist auch für die Festlegung der individuellen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder zuständig. Der jeweilige Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategiausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) bereitet die entsprechenden Beschlüsse des Plenums vor.

Unabhängig von der organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdiensverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge der Vorstände der Holding mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind. Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands

---

sind somit für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Als Ausgleich und zur Erstattung aller der LBB in diesem Zusammenhang entstehenden Aufwendungen zahlt die Holding der LBB für jedes Mitglied des Vorstands der Holding, das gleichzeitig Mitglied des Vorstands der LBB ist, einen monatlichen Pauschalbetrag von 5 T€. Für den Vorstandsvorsitzenden erhöht sich dieser Betrag um 20 % auf 6 T€. Entsprechend wurden im Jahr 2011 von der Holding 132 T€ (Vorjahr: 132 T€) der LBB erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 93 Abs. 2 AktG ein Selbstbehalt von 10 Prozent des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vereinbart worden. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

#### Feste Vergütung:

Die feste Vergütung besteht aus den erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteilen. Hierzu zählen das Grundgehalt, das in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird (ruhegehaltstfähiges Festgehalt), und eine vertraglich festgelegte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung. Diese wird den Herren Bettink, Dr. Evers, Kulartz und Müller nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Holding und der LBB ausgezahlt. Herr Tessmann erhält das nicht ruhegehaltstfähige Festgehalt in zwölf gleichen Monatsraten. Herr Demolière erhält einen Teil seines nicht ruhegehaltstfähigen Festgehals in zwölf gleichen Monatsraten sowie einen weiteren Teil nach Feststellung der Jahresabschlüsse. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom jeweiligen Aufsichtsrat spätestens in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Dabei werden die im Folgenden genannten Kriterien sowie die Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik

---

Deutschland herangezogen. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht. Die letztmalige turnusmäßige Überprüfung erfolgte im ersten Quartal 2011.

#### Variable Vergütung:

Die Mitglieder des Vorstands können für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine variable Vergütung erhalten. Über die Zahlung und ihre Höhe wird im Folgejahr durch das jeweilige Aufsichtsratsplenium nach Vorbereitung durch seinen BPS-Ausschuss Beschluss gefasst.

Kriterien für die Bemessung der festen und der variablen Vergütungsbestandteile sind die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des von ihm verantworteten Ressorts sowie des gesamten Unternehmens. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei insbesondere davon abhängig, dass sich die erzielten Erfolge als nachhaltig erweisen. Bei der Festsetzung der Gesamtvergütung wird deren Angemessenheit anhand eines Vergleichs, der zum einen die Vergütung von Geschäftsleitern anderer deutscher Gesellschaften der Finanzbranche mit einer ähnlichen Größe und Komplexität und zum anderen das Lohn- und Gehaltsgefüge im eigenen Unternehmen einbezieht, überprüft. Die feste und die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander, so dass von einer variablen Vergütung keine signifikante Abhängigkeit besteht, diese aber einen wirksamen Verhaltensanreiz setzen kann. Insgesamt ist das Vergütungssystem so ausgerichtet, dass negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden werden.

Entsprechend den aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands verstärkt auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet und hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage.

In einem ersten Schritt wird für das Vorstandsmitglied die individuelle Höhe der variablen Vergütung anhand des Geschäftsergebnisses, der Situation und Entwicklung des vom Vorstandsmitglied verantworteten Ressorts, seiner Aufgaben und seiner persönlichen Leistungen, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie unter Beachtung etwaiger Sondereinflüsse auf das Geschäftsergebnis ermittelt. Die variable Vergütung darf die Festvergütung des Vorstandsmitglieds nicht überschreiten. In einem zweiten Schritt wird unter Zugrundelegung der variablen und der festen Vergütungsbestandteile die ermittelte Gesamtvergü-

---

tung zusätzlich auf ihre Angemessenheit im horizontalen und vertikalen Vergleich geprüft. In einem dritten Schritt wird die variable Vergütung durch den Aufsichtsrat festgesetzt.

Die Auszahlung der variablen Vergütung wird entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu einem wesentlichen Teil über einen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wurde im Anschluss an die Festsetzung im Jahr 2010 zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahrs im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilbeträge, deren Höhe pro Jahr maximal 13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung betragen kann.

Maßgebliche Bemessungsgröße ist - unter Ausblendung von Sondereinflüssen - das im geprüften und testierten Einzelabschluss der Holding nach HGB ausgewiesene Ergebnis vor Steuern (HGB-Ergebnis der Holding) in dem der Festsetzung des jeweiligen Teilbetrags vorausgehenden Geschäftsjahr. Wird ein HGB-Ergebnis der Holding erreicht, das zu mindestens 100 % dem HGB-Ergebnis im Geschäftsjahr entspricht, für das die variable Vergütung ursprünglich festgesetzt wurde (Ausgangswert), kann im Regelfall von einer nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns ausgegangen werden, welche die Festsetzung eines Teilbetrags in voller Höhe (13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung) rechtfertigt. Liegt das Ergebnis unter dem Ausgangswert, entscheidet der Aufsichtsrat, in welcher Höhe der jeweilige Teilbetrag ausgezahlt wird. Dies kann zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall führen.

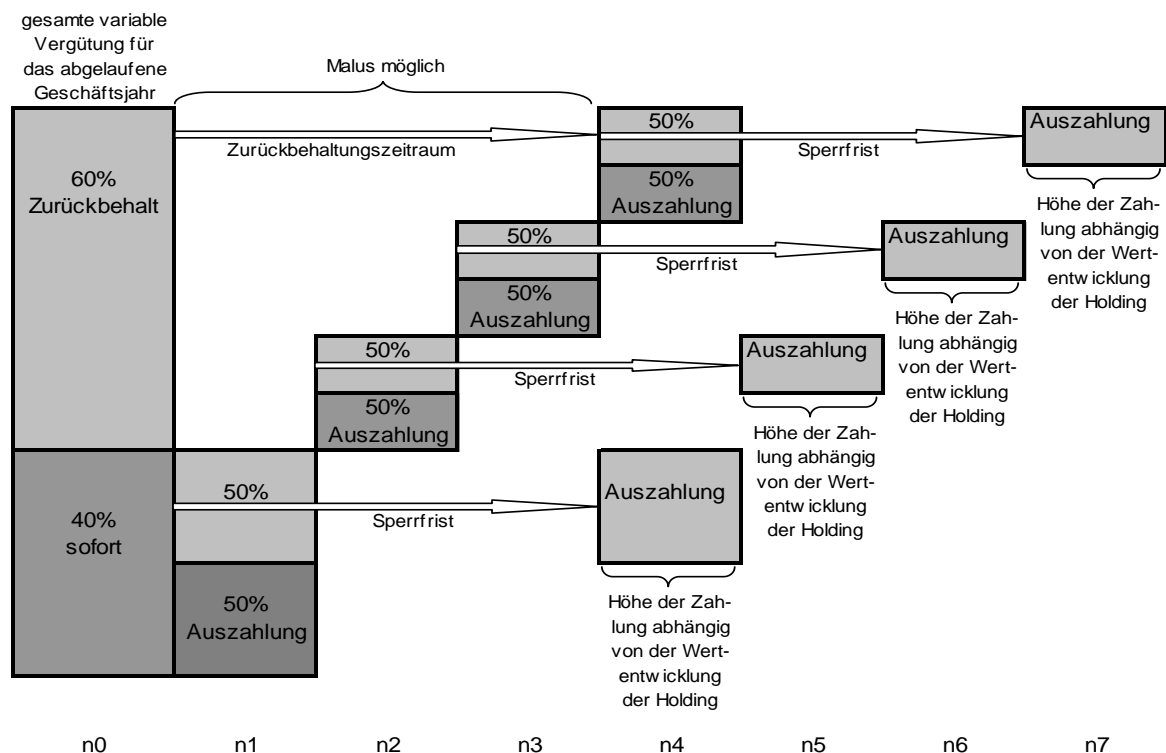
Zudem wird der Aufsichtsrat bei der Festsetzung und Höhe eines jeden Teilbetrags prüfen, ob die Entwicklung und der Erfolgsbeitrag des jeweiligen Vorstandsressorts und die persönlichen Leistungen, die der Aufsichtsrat bei der Bemessung der variablen Vergütung zugrunde gelegt hat, sich auch aus der Rückschau der nachfolgenden Geschäftsjahre als nachhaltig herausgestellt haben. Dabei werden auch die vom Vorstandsmitglied und die in seinen Ressorts eingegangenen Risiken einbezogen.

Entsprechend den Anforderungen der InstitutsVergV wurde die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010, noch einmal weitreichender auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Nunmehr werden 60 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten, nur 40 % werden

---

sofort gewährt. Für den zurückbehaltenen Teil der variablen Vergütung beschließt der Aufsichtsrat in den drei folgenden Geschäftsjahren jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses über die zeitanteilige Freigabe des entsprechenden Teilbetrags. Die Freigabe kann erteilt werden, wenn die Entwicklung des Konzerns und der individuelle Erfolgsbeitrag des Vorstandsmitglieds sich als nachhaltig erwiesen haben. Die Nachhaltigkeit wird anhand des bereits beim bisherigen Verfahren dargestellten Vorgehens geprüft. Nachhaltigkeit vorausgesetzt, kann die Höhe der einzelnen Teilbeträge pro Jahr maximal 20 % der für das Geschäftsjahr insgesamt festgesetzten variablen Vergütung betragen, es kann aber auch zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall des Teilbetrags kommen.

Von dem Teil der variablen Vergütung, der sofort gewährt wird, und den in den drei darauf folgenden Jahren durch den Aufsichtsrat freigegebenen Teilbeträgen der variablen Vergütung wird sodann jeweils nur die Hälfte sofort ausgezahlt. Die andere Hälfte des jeweiligen Teilbetrags wird einer zweiten Nachhaltigkeitsbemessung unterzogen und dafür zunächst einem so genannten nachhaltigen Instrument zugeordnet. Nach Zuordnung zum nachhaltigen Instrument unterliegt der Teilbetrag einer Auszahlungssperrfrist von weiteren drei Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist wird die tatsächliche Auszahlungshöhe von der nachhaltigen Wertentwicklung der Holding abhängig gemacht und dazu anhand der Entwicklung dreier Kennziffern bemessen. Abgestellt wird auf Kennziffern auf Basis des HGB-Ergebnisses der Holding vor Steuern (HGB-Ergebnis), des IFRS-Gesamtergebnisses der Periode der Holding ohne Steuern (IFRS-Gesamtergebnis) und auf die Eigenkapital-Rentabilität auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals im Verhältnis zum operativen IFRS-Konzernergebnis des Geschäftsjahrs. Bei der Bemessung werden alle drei Kennziffern gleich gewichtet. Vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrags kommt der letzte Teilbetrag der variablen Vergütung somit im siebten Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sie sich bezieht, zur Auszahlung.



Ergeben sich während des Zurückbehaltungszeitraums gesellschaftsrechtliche Änderungen im Konzern, die einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtertrags- und Risikostruktur haben, kann der Aufsichtsrat den oben genannten Faktor entsprechend korrigieren.

Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird die Festsetzung der auf den Zurückbehaltungszeitraum gestreckten Teilbeträge durch die Beendigung der Organstellung und/oder die Beendigung des Anstellungsverhältnisses nicht berührt; eine Anrechnung anderweitigen Erwerbs findet nicht statt.

Von einer Vergütung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten wurde abgesehen. Die Ausgabe von Aktien der Holding ist nicht zweckmäßig. Der Aktienkurs der Holding spiegelt wegen des geringen Streubesitzes von weniger als 1,4 % die wirtschaftliche Entwicklung der Holding nicht wider. Zudem strebt die Hauptaktionärin die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf sich gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung gemäß den aktienrechtlichen Vorschriften an. Die Ausgabe von neuen Aktien der Konzerntochter LBB ist angesichts der Eigentümerstruktur mit der Holding als Alleinaktionärin nicht im Interesse des Konzerns. Aktien der LBB und der Holding stellen auch kein sinnvolles Anreizinstrument für die Vorstandsvergütung dar. Die Schaffung von aktienbasierten Instrumenten (Phantom Stocks) bei der LBB bringt keinen Vorteil gegenüber der Festsetzung einer variablen Vergütung in bar, denn solche aktienbasierten Instrumente wären auch in bar auszuzahlen und

---

müssten sich an denselben Kriterien orientieren, die der Festsetzung der variablen Vergütung zugrunde gelegt werden.

Weitere Vergütungskomponenten (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestanden für die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2011 nicht.

#### Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Die auf die private Nutzung entfallende Lohn- beziehungsweise Einkommensteuer wird gegenüber den Vorstandsmitgliedern mit Ausnahme von Herrn Demolière und Herrn Tessmann von der LBB übernommen.

#### Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2011 eine Vergütung von insgesamt 5.053 T€ bezogen (Vorjahr: 5.326 T€). Hierin enthalten ist die vertraglich festgelegte nicht ruhegehaltfähige Vergütung in Höhe von 2.129 T€ (Vorjahr: 2.004 T€). Davon kamen 414 T€ im Geschäftsjahr 2011 zur Auszahlung; 1.715 T€ kommen im Geschäftsjahr 2012 zur Auszahlung.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde der erste Teilbetrag der zurückbehaltenen variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 161 T€ festgesetzt und bedeutet somit eine Kürzung der maximalen Vergütung um 18 T€.

Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 wurde für die Mitglieder des im Geschäftsjahr 2010 amtierenden Vorstands entsprechend den oben dargestellten Kriterien eine maximale variable Vergütung von insgesamt 1.440 T€ festgesetzt (Vorjahr: 1.610 T€). Davon wurden 20 % der variablen Vergütung nach Feststellung der Jahresabschlüsse 2010 ausgezahlt. Entsprechend den beschriebenen Regeln sind 20 % der variablen Vergütung mit einer Sperrfrist von drei Jahren versehen. Die verbleibenden 60 % werden für einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten und können zeitanteilig gewährt werden. Jeweils 50 % werden bar ausgezahlt, die jeweils verbleibenden 50 % werden mit einer Sperrfrist von drei Jahren versehen. Nähere Informationen zu den einzelnen Teilbeträgen können dem Anhang entnommen werden.

---

Ob und in welcher Höhe die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 eine variable Vergütung erhalten werden, kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden in dem auf die Entscheidung folgenden Zwischenbericht 2012 dargestellt.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière und Herrn Bettink bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Scheiden Herr Bettink, Herr Demolière, Herr Dr. Evers oder Herr Kulartz wegen Berufsunfähigkeit aus dem Vorstand aus, haben sie während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihr ruhegehaltstfähiges Festgehalt, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann infolge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst.

Scheiden Herr Bettink, Herr Demolière, Herr Dr. Evers oder Herr Kulartz nach Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB aus dem Vorstand aus, können sie während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihr ruhegehaltstfähiges Festgehalt und ab dem siebten Monat Anspruch auf Ruhegehalt haben.

Herr Bettink und die LBB können jeweils einseitig das Vertragsverhältnis durch schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen, jedoch frühestens zum 31. Dezember 2013. Im Falle einer solchen Kündigung hat Herr Bettink Anspruch auf Ruhegehalt.

Herr Bettink ist berechtigt, seinen Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen, wenn der Mehrheitsgesellschafter und/oder der Aufsichtsrat der LBB zukünftig eine wesentliche Änderung der Strategie oder Geschäftspolitik der LBB mit wesentlicher Auswirkung auf



---

das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung vorgeben, Herr Bettink hiermit nicht einverstanden ist und sich dieser Meinungsunterschied nicht binnen eines Monats beilegen lässt. Kündigt Herr Bettink auf einen Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2013, wird die Vergütung bis zum 31. Dezember 2013 weiter gezahlt. Kündigt er auf einen Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2014, wird die Vergütung bis zum 31. Dezember 2014 weiter gezahlt. Kündigt er auf einen Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2015, wird die Vergütung bis zum 31. Dezember 2015 weiter gezahlt. Mit Ablauf dieser Fortzahlung wird Ruhegehalt gewährt. Sofern Herr Bettink nach seinem Ausscheiden während des Fortzahlungszeitraums eine Tätigkeit aufnimmt, die gegen § 88 AktG (Wettbewerbsverbot) verstoßen würde, muss er sich anderweitigen Erwerb aus der Wettbewerbstätigkeit anrechnen lassen.

Herr Kulartz kann nach Vollendung des 62. Lebensjahrs auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Dienstverträge von Herrn Demolière und Herrn Dr. Evers können nach Vollendung des 60. Lebensjahrs, der Vertrag von Herrn Tessmann nach Vollendung des 62. Lebensjahrs durch beide Parteien jeweils zum Ende des Kalenderjahrs unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Herr Demolière, Herr Dr. Evers und Herr Kulartz haben während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Herr Tessmann erhält ab dem auf das Ausscheiden folgenden Kalendermonat Ruhegeld.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahrs sowie unter bestimmten Voraussetzungen nach Ablauf der Bestellung, Herr Tessmann nach Ablauf einer Wiederbestellung, soweit die Bestellung jeweils nicht erneut verlängert wird.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller und Herrn Tessmann setzt die Zahlung des Ruhegehalts bereits ab dem ersten Kalendermonat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz vom ruhegehaltsfähigen Festgehalt, der sich um 2 %, für Herrn Tessmann um 1,34 %, für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr erhöht. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz ver-

---

einbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils das ruhegehaltsfähige Festgehalt zu 100 %, bei Herrn Demolière jedoch nur zu 69 %.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31.12.2011</u> [in %]	<u>Höchstsatz</u> [in %]
Herr Bettink	57,5	75
Herr Demolière	55	60
Herr Dr. Evers	60	60
Herr Kulartz	62	75
Herr Müller	48	70
Herr Tessmann	31,34	50

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Endet das Dienstverhältnis von Herrn Tessmann durch Kündigung aus wichtigem Grund, den Herr Tessmann zu vertreten hat, verringert sich das Altersruhegeld um 50 %.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden bezüglich der zum 31. Dezember 2010 amtierenden Vorstandsmitglieder keine Änderungen der dargestellten Zusagen vereinbart.

Die Höhe der Pensionsrückstellungen für den zum Bilanzstichtag amtierenden Vorstand betrug 9.191 T€ (Vorjahr: 7.759 T€).

Im Jahr 2011 wurden für Leistungen, die den Vorstandsmitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, 1.614 T€ den Rückstellungen zugeführt und 49 T€ aufgelöst (im Vorjahr wurden Rückstellungen in Höhe von 293 T€ aufgelöst und 294 T€ den Rückstellungen zugeführt). Der Barwert der Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, beträgt 11.754 T€ (Vorjahr: 11.691 T€).

Die individualisierten Angaben zum Barwert der Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, sowie die im Geschäftsjahr hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Beträge werden im Anhang dargestellt.

---

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden zum 31. Dezember 2011 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 19 T€ (Vorjahr: 297 T€).

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.783 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.619 T€).

Die Höhe der für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen betrug zum Bilanzstichtag 63.680 T€ (Vorjahr: 59.673 T€); der Barwert beträgt 89.197 T€ (Vorjahr: 85.982 T€).

Diese Bezüge und Rückstellungen betreffen neben den ehemaligen Vorständen und deren Hinterbliebenen der LBB auch die der Holding. Dies beruht darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB im Jahr 2006 auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden seinerzeit ebenfalls auf die LBB übertragen.

### ***Vergütung des Aufsichtsrats***

Die Vergütung des jeweiligen Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Für den Aufsichtsrat der LBB sind die Vergütungsregelungen in § 11 ihrer Satzung niedergelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für beide Aufsichtsratsgremien nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

---

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung in Höhe von 15,0 T€ beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10,5 T€.
- Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.
- Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10,0 T€, der Vorsitzende erhält 15,0 T€, der Stellvertreter 12,5 T€. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6,0 T€, die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten hier jeweils 8,0 T€, die Stellvertreter jeweils 7,0 T€.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht. Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahrs angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung für die Mandatstätigkeit vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahrs.

- Aufsichtsrat Holding:  
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge in Höhe von 390 T€ zu zahlen (Vorjahr: 389 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.
- Aufsichtsrat LBB:

---

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge in Höhe von 262 T€ zu zahlen (Vorjahr: 262 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

- Aufsichtsrat Holding (Konzern):

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding und in Aufsichtsräten anderer Konzernunternehmen einschließlich der Ausschüsse sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für das Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge in Höhe von 620 T€ zu zahlen (Vorjahr: 620 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding und der LBB Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2011 insgesamt im Volumen von 89 T€ (Vorjahr: 85 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

Herr Wolfgang Pansegrau hat sein Mandat im Aufsichtsrat der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2011 niedergelegt. Herr Gerhard Henschel ist als gewähltes Ersatzmitglied ab dem 1. Januar 2012 Mitglied dieses Aufsichtsrats.

---

## **Übernahmerelevante Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB**

### **Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals**

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennwertlose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 Aktiengesetz (AktG).

### **Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind**

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Käuferin) hat sich beim Erwerb der Aktien vom Land Berlin (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe und diese Person (und gegebenenfalls alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG beziehungsweise andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt.

---

## **Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten**

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Informationen hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland unmittelbar 88,05 % \*) der Stimmrechte. Sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland vertreten; dieser sind die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland hält unmittelbar 10,63 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg vertreten, so dass die Stimmrechte mittelbar dieser Gesellschaft und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg zuzurechnen sind.

## **Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen**

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

## **Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben**

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

## **Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung**

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Vorstand besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für

\*) Die Anteilsquote beträgt 88,0459 % und wurde aus Gründen der vereinfachten Darstellung aufgerundet.

---

die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholdinggesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, so dass gemäß § 2d KWG die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben müssen. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben. Für die Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

### **Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen**

#### Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Absatz 1 Nr.7 AktG

Die Landesbank Berlin Holding AG wurde auf der Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Gesellschaft am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

#### Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr.8 AktG

Die Landesbank Berlin Holding AG wurde auf der Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Kaufpreis je Aktie darf den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Insgesamt dürfen aufgrund dieser Ermächtigung Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grund-



---

kapitals erworben werden; zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den oben genannten zwei Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

#### **Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen**

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

#### **Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern**

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

---

## Allgemeiner Verlauf im Überblick

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Bei einem wechselhaften Verlauf über die einzelnen Quartale ließ die Dynamik der Weltwirtschaft in 2011 insgesamt nach. Von dieser Abschwächung sind in der Zwischenzeit auch die Schwellenländer betroffen. Seit dem Sommer 2011 hat die Furcht vor drohenden staatlichen Insolvenzen nochmals stark zugenommen. In den Peripheriestaaten Europas wurde die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich von hoher Arbeitslosigkeit und notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen gebremst. Mit Italien und Spanien bewegten sich auch größere Mitgliedsstaaten des gemeinsamen Währungsraums an der Schwelle zur Rezession.

Im Jahresdurchschnitt ergab sich für Deutschland noch eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 3 %. Zu großen Teilen ging dies jedoch auf das hohe Wachstum im ersten Quartal des Jahres zurück. Schwächere Auftragsdaten und eine Stimmungseintrübung in den Unternehmen lieferten Hinweise darauf, dass die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise zum Herbst auch in Deutschland erste Auswirkungen auf die Realwirtschaft hervorgerufen hat. Die Entwicklungen in den Peripheriestaaten Europas hatten auch negative Rückwirkungen auf die Exportchancen deutscher Unternehmen. Allerdings blieb die Binnennachfrage vergleichsweise robust, auch wenn der Konsumzuwachs hinter den zum Jahresanfang geäußerten Erwartungen zurückblieb.

In Berlin-Brandenburg setzte sich die Konjunkturerholung im Jahr 2011 zunächst fort. Dem allgemeinen Trend zur Abkühlung hat sich unsere Kernregion in der zweiten Jahreshälfte aber nicht gänzlich entziehen können. Aufgrund der stärkeren Fokussierung auf das Dienstleistungsgewerbe ist das wirtschaftliche Geschehen aber weniger schwankungsanfällig als im Bundesdurchschnitt. Strukturell von Nachteil waren hingegen erneut hohe Arbeitslosenzahlen und unterdurchschnittliche Einkommen.

Die Europäische Zentralbank hatte der Krise im Euroraum Rechnung zu tragen und nahm ihre Ansätze zur Normalisierung der geldpolitischen Konditionen trotz beschleunigten Preisdrucks zur Jahresmitte zurück. Mit der unlimitierten Zuteilung in ihren Tenderoperationen, direkten Eingriffen in den Markt für Staatsanleihen und einer Leitzinswende im November waren die Liquiditätsbedingungen zum Jahresende wieder ausgesprochen großzügig.

---

Diese Kurskorrekturen flankierten die Bemühungen der Staatengemeinschaft um eine Stabilisierung der Finanzierungsbedingungen für die in Bedrängnis geratenen Mitglieder der Eurozone. Die gebotene Verknüpfung von Finanzhilfen mit Konsolidierungsschritten der begünstigten Staaten führte jedoch bisher zu wenig tragfähigen Zwischenlösungen. Im Verlauf des Jahres verschoben sich die Prämissen für die Rettungsbemühungen. Eine stärkere Einbeziehung privater Gläubiger war im Falle Griechenlands gefordert worden. Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten im Dezember 2011 entwickelte einen Rahmen, um über eine künftig strenge Etatdisziplin in den Euro-Staaten und wirksamere Rettungsmaßnahmen für hochverschuldete Euro-Staaten das Vertrauen der Märkte in die Stabilität der gemeinsamen Währung zurückzugewinnen.

Neben den zu verkräftenden Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise nehmen die strukturellen und regulatorischen Veränderungen im Bankgeschäft immer mehr Gestalt an. Mit dem Ziel, die Stabilität des Bankensektors - insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Staatsschuldenkrise - zu prüfen, unterzog die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) im Herbst 2011 erneut 71 europäische Banken einem Stresstest, der von der LBB - wie bereits im Juli des Jahres - bestanden wurde. Die in diesem Berichtsjahr erstmalig abzuführende Bankenabgabe, aber auch die Diskussion zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer stellen die gesamte Finanzbranche vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus unterliegt der deutsche Bankenmarkt einem erhöhten Konsolidierungsdruck, der für alle Institute, insbesondere für Institute mit Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission, Auswirkungen hat.

---

## Geschäftstätigkeit des Konzerns

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern Landesbank Berlin Holding weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Die Investitionspolitik wird einer kritischen Prüfung unterzogen.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Der Konzern nimmt dabei immer stärker die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Nähere Erläuterungen sind unter „Geschäftliche Ausrichtung“ im Chancen- und Prognosebericht dargestellt.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie dem Zinsmanagement und den Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse werden rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit sogenannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund 2,2 Millionen ausgegebene Kreditkarten. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar. Im überregionalen Konsumentenkreditgeschäft wurde zusammen mit der Deutsche S-Leasing eine Konsumentenkreditplattform für die bundesdeutschen Sparkassen aufgebaut, die Mitte 2011 in der Gründung einer eigenständigen Konsumentenkreditbank - die „S-Kreditpartner GmbH“ - mündete.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut im Kernmarkt Berlin-Brandenburg knapp 68.000 kleine und mittelständische Unternehmen mit einem umfassenden Leistungsangebot. In einigen Geschäftsarten ist die Bank auch überregional tätig. Ergänzend werden ausgewählte Dienstleistungen für Unternehmen als Kooperationspartner im Sparkassenverbund angeboten. Ein zentrales strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition in der Region. Dabei hat ein hoher Qualitätsanspruch bei der Vertiefung der Kundenbeziehungen

---

sowie bei der Neukundengewinnung auch als Wettbewerbsfaktor eine besondere Bedeutung. Der Marktauftritt erfolgt mit den Marken Landesbank Berlin AG im mittelständischen Firmenkundengeschäft und Berliner Sparkasse im Gewerbekundengeschäft.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.700 Kunden (Risikoverbünde) mit rund 8.400 Immobilien im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch vier Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen, Großbritannien und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft** (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das Kapitalmarktgeschäft, das seinen Fokus zukünftig noch stärker auf das kundenbezogene Geschäft ausrichtet, folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Zielkundengruppe sind neben mittelständischen institutionellen Kunden vor allem die Sparkassen, beispielsweise im Bereich der Depot-B-Produkte. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzt das Kundengeschäft. Gleichzeitig wird im Kapitalmarktgeschäft die Liquidität des Konzerns gesteuert und die langfristige Refinanzierung sichergestellt.

---

## **Weitere Aktivitäten**

### ***Umstellung des Kernbanksystems***

Im April 2011 ist das Kernbanksystem der LBB auf OneSystem Plus (OSPlus) umgestellt worden. Hintergrund der Vereinheitlichung der IT-Systemlandschaft in der Sparkassen-Finanzgruppe ist die 2008 erfolgte Fusion der Dienstleistungsunternehmen FinanzIT und Sparkassen Informatik zur Finanz Informatik. Durch die Konzentration der Sparkassen-Finanzgruppe auf einen Dienstleister ergeben sich auch für die LBB deutliche Synergie-Effekte.

### ***Ausbau des Geschäfts mit Sparkassen***

Der Konzern versteht sich als Dienstleister für Sparkassen. Er unterhält Geschäftsbeziehungen zu mehr als 300 Instituten und baut dieses Geschäft bedarfsgerecht aus. Dabei konzentriert die LBB - abgeleitet aus ihren eigenen Erfahrungen als Sparkasse für Berlin - ihr Angebot auf das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft, die Konsumentenfinanzierung und die Marktfolge. In diesem Rahmen ist geplant, dass die LBB bei Bedarf gemeinsam mit Sparkassen weitere Unternehmen gründet, zum Beispiel regionale Marktfolgezentren.

Zur Forcierung des Geschäfts und als Kooperationsangebot im Sparkassenverbund ist zum 1. Juni 2011 das Joint-Venture S-Kreditpartner GmbH (SKP) gemeinsam mit der Deutschen S-Leasing an den Start gegangen. Im Oktober 2011 wurden Aktivitäten der readybank ag in die SKP übernommen. Kerngeschäft der SKP sind Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), Autofinanzierungen und Händlereinkaufsfinanzierungen. Damit wird die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation aktiv gefördert. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangenes Terrain der Sparkassen im Konsumentenkreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen. Unterstützt wird diese Ausrichtung durch die erfolgte Übernahme sämtlicher Anteile der readybank ag an der Servicegesellschaft readypartner gmbh durch den BankenService.

---

## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2011

Die Ergebnisentwicklung der Holding ist primär von der Gewinnabführung der LBB geprägt.

Das Vorsteuerergebnis der LBB und damit das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Holding per 31. Dezember 2011 lag deutlich unter unseren Erwartungen. Nach einem guten Start im ersten Quartal trafen die LBB die Auswirkungen der europäischen Finanzkrise insbesondere im dritten Quartal mit voller Wucht. Die dramatische Entwicklung am Kapitalmarkt überlagerte die gute und nachhaltige Entwicklung des Kundengeschäfts der LBB. Die positive Entwicklung der Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierung im Geschäftsjahr 2011 zeigt insbesondere, bei einer Verbesserung des Zinsergebnisses und einer deutlich verringerten Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die grundsätzlich konservative Risikopolitik. Im Kapitalmarktgeschäft waren demgegenüber Bewertungsverluste im Ergebnis aus Finanzanlagen auszuweisen, die für Engagements der LBB in den von der Staatsschuldenkrise betroffenen Ländern der Eurozone, insbesondere dem Staat Griechenland, notwendig wurden. Zusätzlich war das Ergebnis des Handelsbestands rückläufig. Moderat entwickelten sich hingegen die Verwaltungsaufwendungen der LBB, die leicht unter dem Vorjahreswert lagen. Belastend wirkten sich die regulatorischen Eingriffe in die Bankenbranche aus. Die 2011 von der LBB erstmals abzuführende Bankenabgabe belastete die Erfolgsrechnung mit 21 Mio. €.

Insgesamt konnte die LBB im Berichtsjahr ihre gute und nachhaltige Entwicklung im Kundengeschäft weiter fortsetzen. Drei von vier strategischen Geschäftsfeldern – Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierung – entwickelten sich positiv und profitabel. Das Kapitalmarktgeschäft aber, in dem sich die erheblichen Marktvolatilitäten spiegeln, weist dagegen ein deutlich negatives Ergebnis aus. In der Summe zeigte sich auch in dem schwierigen Jahr 2011, dass die strategische Ausrichtung der LBB nach wie vor solide und im Kern durchaus krisenresistent ist.

## Ertragslage

Das Ergebnis der Holding im Geschäftsjahr 2011 ist durch die ausgebliebene Gewinnabführung der LBB, die sich im **Beteiligungsergebnis** widerspiegelt, und eine Auflösung aktiver latenter Steuern geprägt.

Ergebnis in Mio. €	2011	2010	Veränderung 2011 – 2010	
			Mio. €	%
Beteiligungsergebnis	16	249	-233	-93,6
Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-5	-10	5	50,0
Zinsergebnis	-8	-9	1	11,1
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>3</b>	<b>230</b>	<b>-227</b>	<b>-98,7</b>
Außerordentliches Ergebnis	0	-1	1	100,0
Ertragsteuern	106	-48	154	>100
Sonstige Steuern	-1	0	-1	x
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-102</b>	<b>277</b>	<b>-379</b>	<b>&lt;-100</b>

Im **Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** wurden überwiegend Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt. Dem standen 2011 Bewertungserträge im Zusammenhang mit einem Wertpapierleihegeschäft gegenüber.

Bei der Bemessung der **Ertragsteuern** wurde auch das steuerliche Einkommen der organisch verbundenen Unternehmen berücksichtigt. Der gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte Steueraufwand resultiert aus der Auflösung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge.



## Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag war die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2011 aufgrund geringerer aktiver latenter Steuern leicht rückläufig.

Aktiva in Mio. €	2011	2010	Veränderung 2011 – 2010	
			Mio. €	%
Anlagevermögen				
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.957	2.957	0	0,0
Umlaufvermögen				
Forderungen	263	413	-150	-36,3
Sonstige Vermögensgegenstände	28	17	11	64,7
Guthaben bei Kreditinstituten	213	213	0	0,0
Aktive Latente Steuern	377	480	-103	-21,5
<b>Summe Aktiva</b>	<b>3.838</b>	<b>4.080</b>	<b>-242</b>	<b>-5,9</b>

In den **Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen** waren die Anteile an der LBB mit 2.807 Mio. € enthalten.

Die **Forderungen** bestanden zum Bilanzstichtag ausschließlich gegenüber verbundenen Unternehmen, überwiegend gegenüber der LBB.

Die **Guthaben bei Kreditinstituten** in Höhe von 213 Mio. € wiesen eine Forderung aus Sicherheitenstellung für ein Darlehen aus.

Die **aktiven latenten Steuern** wurden sowohl für zeitliche Differenzen als auch für Verlustvorträge angesetzt. Auf die auf Verlustvorträge entfallenden aktiven latenten Steuern war in 2011 eine Abschreibung in Höhe von 103 Mio. € vorzunehmen.

Passiva in Mio. €	2011	2010	Veränderung 2011 – 2010	
			Mio. €	%
Eigenkapital	3.288	3.530	-242	-6,9
davon:				
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
- Rücklagen	731	834	-103	-12,4
- Bilanzgewinn	2	141	-139	-98,6
Rückstellungen	119	116	3	2,6
Verbindlichkeiten	431	434	-3	-0,7
<b>Summe Passiva</b>	<b>3.838</b>	<b>4.080</b>	<b>-242</b>	<b>-5,9</b>

Das **Eigenkapital** war aufgrund des Jahresfehlbetrags 2011 und der zwischenzeitlichen Ausschüttung des Bilanzgewinns 2010 leicht rückläufig (-242 Mio. €).

---

Der **Bilanzgewinn** berücksichtigt neben dem Jahresfehlbetrag von 102 Mio. € und einem Gewinnvortrag aus dem Jahr 2010 in Höhe von 1 Mio. € die Auflösung von Gewinnrücklagen in Höhe von 103 Mio. €.

Die **Rückstellungen** per 31. Dezember 2011 bestanden überwiegend für Steuern.

In den **Verbindlichkeiten** wurden ein Bankdarlehen über 214 Mio. € und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit einer Wertpapierleihe in Höhe von 216 Mio. € ausgewiesen.

### **Finanzlage**

Der Unternehmenszweck der Holding als Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des KWG ist auf das Halten der Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST ausgerichtet. Die Refinanzierung erfolgt ganz überwiegend aus dem Eigenkapital, das per 31. Dezember 2011 rund 86 % der Bilanzsumme ausmachte.

Den Verbindlichkeiten und Rückstellungen von insgesamt 550 Mio. € standen Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 504 Mio. € gegenüber. Die Rückführung der Verbindlichkeiten wird aus den vorhandenen Vermögenswerten und den Ergebnisabführungen zukünftiger Perioden erwartet.

Die wirtschaftliche Lage der Holding stellt sich mit Blick auf die künftigen Ergebnisabführungen der LBB als geordnet und nachhaltig dar.

---

## **Ereignisse nach dem 31. Dezember 2011**

Die Landesbank Berlin AG ist Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen, eine nach § 10 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) anerkannte Sicherungseinrichtung. Die Sicherungsreserve hat beschlossen, sich an den Maßnahmen zur finalen Restrukturierung der West LB AG zu beteiligen und hier einen Beitrag in Höhe von 250 Mio. € im Zusammenhang mit der Herauslösung der so genannten Verbundbankaktivitäten zu erbringen. Die konkrete Ausgestaltung dieses Beitrags der Sicherungsreserve ist noch nicht erfolgt. Es ist aus heutiger Sicht nicht damit zu rechnen, dass der Beitrag der Sicherungsreserve zu einer Erhöhung der Beitragszahlungen der LBB an die Sicherungsreserve führen wird.

---

## **Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG**

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Landesbank Berlin Holding AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden ist.“

---

## Risikobericht

### Rahmenbedingungen

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist als Tochter der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) in den Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) eingebunden. Das konzernweite Risikomanagement ist in der LBB angesiedelt.

Die Holding nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST.

Aufgrund des Umfangs des Geschäfts der LBB-INVEST sind deren Risiken für den Konzern im Sinne der §§ 289 und 315 HGB für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung nicht von Belang beziehungsweise gemäß IAS 1 unwesentlich. Im Folgenden wird grundsätzlich der Risikobericht des Konzerns wiedergegeben. Für die Risikolage der Einzelinstitute stellt dies keine Einschränkung dar, da die bezifferten Risiken, die im Konzern durch die Konsolidierung auf einzelne Risikoarten aufgeteilt sind, ansonsten im Anteilseignerrisiko darzustellen wären. Durch die Berücksichtigung bei den einzelnen Risikoarten wird dem vorhandenen Risiko besser Rechnung getragen als bei der Berücksichtigung im Anteilseignerrisiko.

Der Risikobericht des Konzerns enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 60 (Risikomanagement) des IFRS-Konzernabschlusses enthalten. Ebenso sind die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB enthalten.

Aus der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding.

---

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

### ***Aktuelle Entwicklungen***

Nach den Beschlüssen des EU-Gipfels vom 26. Oktober 2011 muss ab Juli 2012 eine Gruppe großer, international tätiger Banken eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % erfüllen. Zu dieser Gruppe international tätiger Banken zählt auch die LBB. Auf Basis der aktuell gültigen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen besteht für die LBB kein Kapitalbedarf. Jedoch ist nach der künftigen Kapitaldefinition unter Basel III die bisher erfolgte Anrechnung aktivischer Unterschiedsbeträge nicht mehr vorgesehen. Darüber hinaus gibt es weitere aufsichtsrechtlich begründete Sachverhalte, die ebenfalls absehbar zu einer deutlichen Reduzierung der Kapitalquoten in der Zukunft führen werden. Die Bank prüft derzeit im Rahmen der Risikoaktiva-Optimierung den Abbau risikogewichteter Aktiva (RWA) und die Reduzierung der internationalen Aktivitäten. Nach ersten Voruntersuchungen wird ein die Ertragslage schonender Abbau von Risikoaktiva und die Reduzierung bestimmter Aktivitäten im Ausland bis 2014 für umsetzbar gehalten, ohne dadurch künftiges Kundengeschäft signifikant zu schwächen. Des Weiteren bestehen Überlegungen, die stille Einlage im Jahr 2012 in nach Basel III anerkanntes Kernkapital umzuwandeln.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Vorprojekts mit der Umsetzung der Anforderungen aus Basel III / CRD IV begonnen. Wesentliche Inhalte des Vorprojekts waren:

- Berechnung und Analyse der im Basel III-Monitoring geforderten Kennziffern,
- Umsetzung der Anforderungen der CRD III zum 31. Dezember 2011,
- Fertigstellung des Umsetzungsplans für das Hauptprojekt basierend auf den Entwurfsfassungen der neuen Vorschriften,
- Fortführung der begleitenden Aktivitäten wie Analyse des regulatorischen Konsultationsprozesses, Optimierung RWA sowie
- Vorbereitung der Einführung der neuen Meldewesensoftware Abacus.

---

## **Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling**

Die Risikostrategie ist Teil der Gesamtbankstrategie der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der Landesbank Berlin AG (LBB) und leitet sich aus den strategischen Rahmenbedingungen ab. Sie gestaltet diese bezüglich der Übernahme von Risiken aus. Hierzu gehört insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht. Die Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns müssen dafür Sorge tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methode messbar sind.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

### **Verantwortlichkeiten**

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

---

Im Konzern existieren die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisikokomitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine Produkt Komitee koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit - bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter sowie der Niederlassungen in London und Luxemburg übernimmt Risiko und Controlling das operative Risikocontrolling. Weiterhin erstellt und entwickelt der Bereich den monatlichen Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft oder die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury und Trading zuständig.



---

## **Kapitalmanagement**

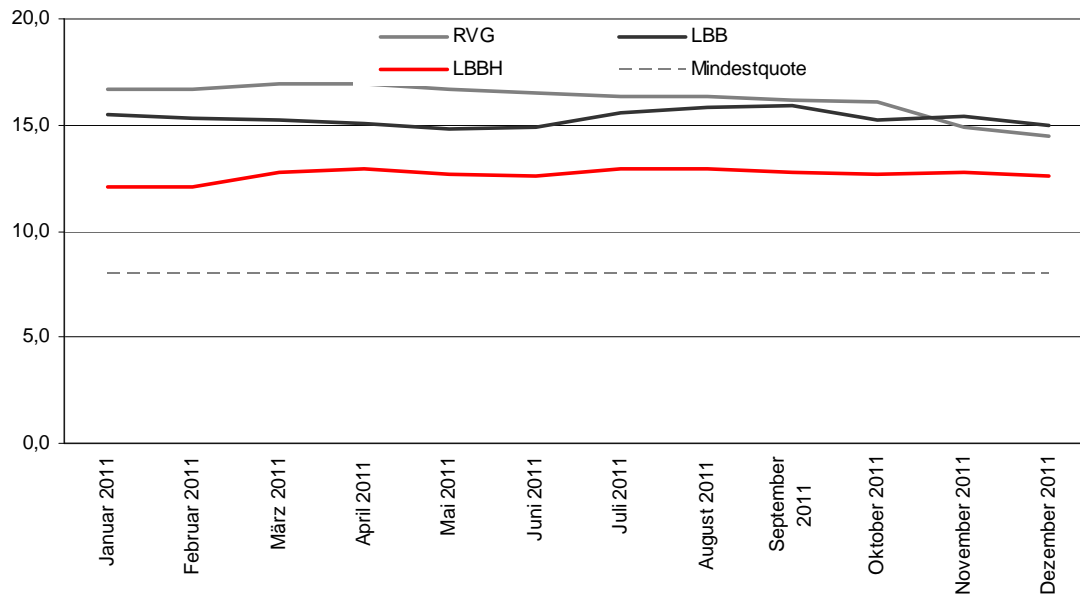
Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10 % sowie ein Mindestrating im Single A-Bereich. Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee.

### ***Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)***

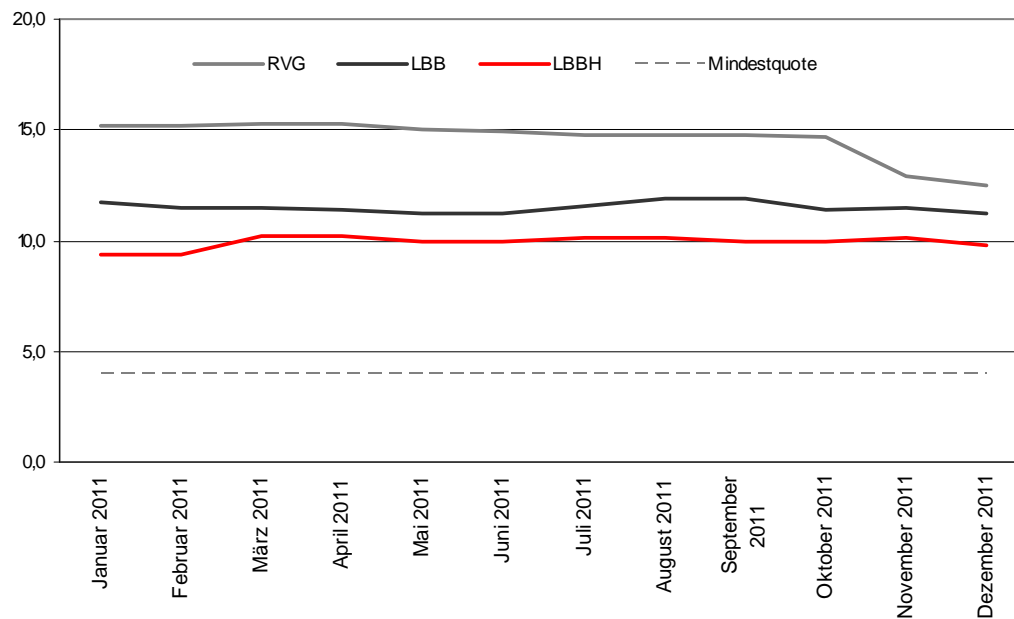
Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft im Jahr 2007 gehört die LBBH-Gruppe aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene des Einzelinstituts LBB sowie der Gruppen LBBH und RVG aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Die Änderung der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote der RVG zum November 2011 resultiert insbesondere aus der durch die S-Erwerbsgesellschaft erfolgten Abschreibung auf den Buchwert der gehaltenen Anteile an der Holding.

## Gesamtkennziffern (SolvV) in %



## Kernkapitalquote (SolvV) in %



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected

---

Loss für Beteiligungen und wird mit den Eigenmittelanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) der Bank verglichen. Sofern die Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV niedriger ausfallen, sind für die Höhe des Floors Eigenmittel vorzuhalten. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung stets eingehalten.

Neben der regelmäßigen internen Stressbetrachtung nahm die Gruppe im Jahr 2011 an zwei EU-weiten Stresstests teil. Die am 15. Juli 2011 von der European Banking Authority (EBA) veröffentlichten Ergebnisse des ersten Stresstests zeigten, dass die Landesbank Berlin die Anforderungen erfüllt hat. Im Ergebnis des im adversen Szenario angenommenen Schocks änderte sich die geschätzte, konsolidierte harte Kernkapitalquote der RVG-Gruppe von 14,6 % am Jahresende 2010 auf 10,4 % im Jahr 2012. Der zweite, im Oktober durchgeführte Stresstest der EBA zielte auf die Frage, ob ein Institut bei Hinnahme von Wertverlusten auf Positionen mit Bonitätsrisiken von EU-Staaten eine Kernkapitalquote von 9 % erreicht. Wie am 26. Oktober 2011 mitgeteilt, erfüllte die Landesbank Berlin die Anforderungen. Im Ergebnis sah die EBA bei der Landesbank Berlin keinen Kapitalbedarf. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei der Berechnung unserer Kapitalquoten der aktivische Unterschiedsbetrag noch als Eigenkapital gezählt wird. Der aktivische Unterschiedsbetrag ist aus dem Goodwill, der beim Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG durch die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt wurde, begründet. Nach der künftigen Kapitaldefinition unter Basel III ist die Anrechnung des aktivischen Unterschiedsbetrags nicht mehr vorgesehen. Dadurch wird sich unsere Quote deutlich verringern.

### **Gesamtrisikosteuerung**

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und den aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Ertragslage oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der

---

regelmäßigen Überprüfung des Internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. Im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten, wird diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerri-

---

siken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus, zum Beispiel 80 % oder 99,95 %, berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. Der Vorstand der Berlin Hyp wird quartalsweise im Rahmen eines gesonderten Berichts über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite informiert.

### ***Interne Kapitaladäquanz***

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt und ist darüber in den weiteren Prozessen wie zum Beispiel die Pla-

---

nung von Kapitalmaßnahmen berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit (RTF) im Planungszeitraum sicherzustellen.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage des Konzerns wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgen. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

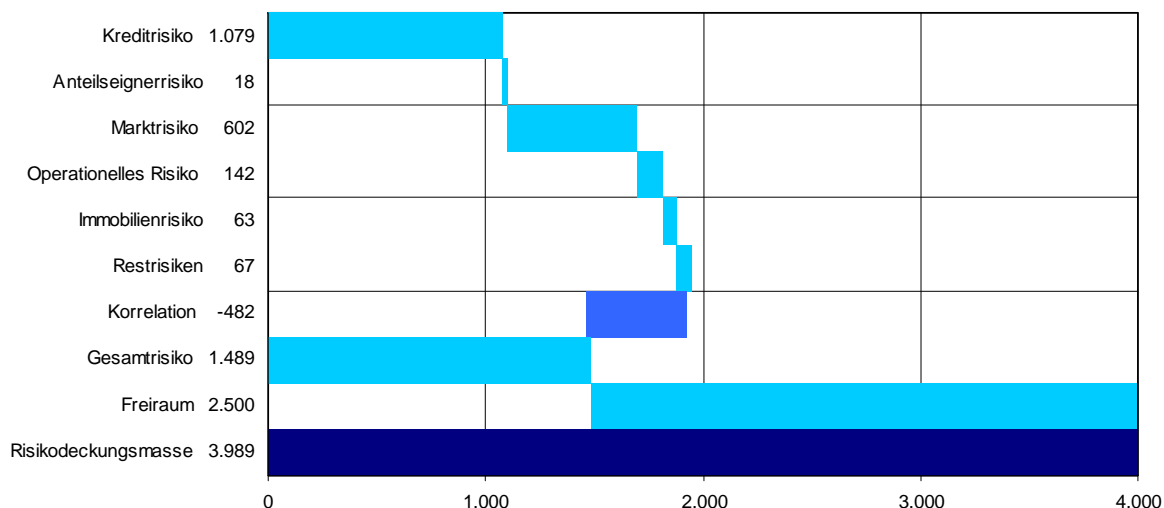
Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Zur Vermeidung einer nicht steuerungsrelevanten Volatilität der Risikodeckungsmasse wird die Neubewertungsrücklage mit einem Durchschnittswert aus den vorangegangenen Drei-Monats-Ultimos angesetzt. Die Risikodeckungsmasse des Konzerns per 31. Dezember 2011 betrug 3.989 Mio. € (Vorjahr: 4.238 Mio. €). Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollauslastung des aktuellen Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Im Dezember 2011 wurden - unter Berücksichtigung des von der Aufsicht veröffentlichten Papiers „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ - wesentliche Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept beschlossen, die sich auf die Höhe sowohl des Gesamtrisikos als auch der Risikodeckungsmasse auswirkten. Diese Anpassungen gelten seit dem 1. Januar 2012. Insbesondere werden nun latente Steuern sowie weitere Goodwill-Bestandteile bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse abgezogen. Ab diesem Zeitpunkt werden auf Konzernebene auch die Limite für fast alle Risikoarten erheblich verringert. Das daraus resultierende neue Gesamtrisikolimit beträgt 2.536 Mio. € (vorher 2.805 Mio. €).

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2011 im Konzern wie folgt dar:

### Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern in Mio. €



Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei aber jederzeit gegeben. Die Stresstestergebnisse zum Jahresende auf Basis der Zahlen per November 2011 stellten sich wie folgt dar:

November 2011	Freiraum RTF Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
<b>Normal</b>	<b>2.524</b>	<b>10,1</b>	<b>12,8</b>
<b>Veränderungen Stresstest</b>			
Stressszenario Rezession	-862	-2,0	-3,2

RTF: Risikotragfähigkeit; SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ treten die größten Auswirkungen auf. Die Parametrisierung dieses Szenarios bildet eine schwere wirtschaftliche Krise ab. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -860 Mio. € der hier

---

ausgewiesenen -862 Mio. €. Der Anteil des Kreditrisikos zur ausgewiesenen Verringerung der Gesamtkennziffer um 3,2 %-Punkte beträgt 2,4 %-Punkte.

Darüber hinaus ist ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Aufgrund der fortdauernden Spannungen an den Finanzmärkten und daraus resultierenden internen Überlegungen sowie aufgrund neuer Anforderungen der Aufsicht wurden die Stresstests auf Gesamtbankebene weiterentwickelt. Die Umsetzung erfolgte im Wesentlichen im Jahr 2011.

Insbesondere wurden die Stresstests um das Liquiditätsrisiko erweitert, so dass gegebenenfalls zusätzlicher Refinanzierungsaufwand in der gestressten Risikotragfähigkeit berücksichtigt wird. Der Stresstest für die Risikovorsorge wurde um weitere Portfolien ergänzt. Zusätzlich wurden sogenannte „Adhoc Stresstests“ implementiert und Stresseffekte auf das HGB-Ergebnis simuliert.

Eine der wesentlichen Neuerungen der MaRisk 2010 sind sogenannte „inverse Stresstests“. Dabei ist zu untersuchen, welche Ereignisse die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells gefährden können. In einem ersten Schritt wurden die maßgeblichen Risikotreiber im Stressfall identifiziert und entsprechende Parameterveränderungen zum Eintreten der Szenarien (Verzehr des Freiraums der RTF und Unterschreitung von aufsichtsrechtlichen Quoten) abgeleitet. Dabei wird sowohl risikübergreifend untersucht, wie sich die Szenarien verändern, als auch der Effekt pro maßgeblicher Risikoart berechnet. Die Durchführung des inversen Stresstests für 2011 hat ergeben, dass sich die Effekte im Szenario Rezession um circa 75 % verschärfen müssten, damit der Freiraum der Risikotragfähigkeit vollständig aufgebraucht wäre. Für die Unterschreitung der Kernkapitalquote müssten sich die Effekte um circa 230 % verstärken.



---

## Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten besondere Prozesse<sup>1</sup>. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risiko- adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe. Unter diesem Gesichtspunkt werden im Folgenden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen übernommen.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem CCE und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

---

<sup>1</sup> Interne Ausnahmeregelung für Broker/Dealer (Da Kassageschäfte im In- und Ausland regelmäßig innerhalb von 3 Bankarbeitstagen abgewickelt werden, bedarf es aus rechtlicher Sicht keiner Kontrahentenlimite für diese Geschäfte, soweit der vereinbarte Lieferzeitpunkt unter 5 Geschäftstagen liegt.)

- 
- Für Handelsgeschäfte inklusive Geschäften in Wertpapieren und Derivaten wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das CCE berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (produktspezifische Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt, wenn keine Collateralvereinbarung (Besicherungsvereinbarung) vorhanden ist.
  - Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
  - Bei OTC-Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften können zur Absicherung der Kontrahentenrisiken zusätzlich zu den bereits abgeschlossenen Nettingverträgen individuelle Collateralvereinbarungen geschlossen werden. Es handelt sich dabei um einen Anhang zum Rahmenvertrag. Es erfolgt produktspezifisch keine Ermittlung von Add-Ons, sobald eine Collateralvereinbarung existiert.
  - Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für den Konzern darstellen, werden nicht einbezogen.

Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2011 rund 106 Mrd. €. Dabei entfielen etwa 41 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 65 Mrd. € im CCE enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe ausgewiesen sein. Daraus resultieren die unterschiedlichen Gesamtsalden in den nachfolgenden Tabellen zum CCE. So summieren sich die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach Geschäftsfeldern auf 65.008 Mio. €, die Summe aufgegliedert nach Branchen beträgt jedoch 64.473 Mio. €.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2011 folgende Aufteilung:

#### **Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH**

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
<b>in Mio. €</b>								
<b>Konzern LBBH</b>	<b>117.067</b>	<b>123.871</b>	<b>105.582</b>	<b>112.248</b>	<b>41.233</b>	<b>38.502</b>	<b>64.348</b>	<b>73.746</b>

Die Aufteilung nach Geschäftsfeldern zeigt, dass der überwiegende Teil des CCE auf die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung entfiel.

### Geschäftsfelddarstellung

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
<b>in Mio. €</b>								
Private Kunden	13.627	11.005	7.408	4.879	6.579	4.019	829	860
Firmenkunden	6.927	6.877	5.074	4.940	5.073	4.940	0	0
Immobilienfinanzierung	49.618	51.000	46.697	47.802	27.714	27.151	18.984	20.651
davon Hypothekendarlehen	30.267	29.980	27.528	26.971	27.528	26.971	0	0
Kapitalmarktgeschäft	37.698	42.996	37.205	42.634	1.867	2.390	35.338	40.244
Sonstige	9.857	11.994	9.857	11.994	0	2	9.857	11.991
<b>Summe Geschäftsfelder <sup>1</sup></b>	<b>117.727</b>	<b>123.872</b>	<b>106.241</b>	<b>112.249</b>	<b>41.233</b>	<b>38.502</b>	<b>65.008</b>	<b>73.746</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken sowohl im In- als auch im Ausland.

### CCE-Darstellung nach Regionen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %
Deutschland	34.072	32.063	83	83	34.599	37.037	54	50
Berlin	13.766	14.104	33	37	5.077	4.850	8	7
Alte Bundesländer	15.850	13.458	39	35	26.814	29.225	42	40
Neue Bundesländer	4.456	4.501	11	12	2.708	2.962	4	4
Ausland	7.148	6.389	17	17	29.505	36.709	46	50
EU	5.254	4.403	13	11	23.391	27.721	36	38
Rest Ausland	1.894	1.986	4	5	6.114	8.988	10	12
Sonstige Inländer	13	51	0	0	369	0	1	0
<b>Summe CCE Regionen<sup>1</sup></b>	<b>41.233</b>	<b>38.502</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>64.473</b>	<b>73.746</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

## CCE-Darstellung nach Branchen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2011 in Mio. €	2010 Mio. €	2011 in %	2010 in %	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %
Immobilienfinanzierung	24.053	21.827	58	57	561	310	1	0
Kreditgewerbe	4.704	3.553	11	9	43.066	51.789	67	70
Enthaftetes Geschäft (DetV)	0	2.628	0	7	0	1.940	0	3
Privatpersonen	6.039	3.779	15	10	0	0	0	0
Handel & Gewerbe	1.492	2.305	4	6	384	356	1	0
Dienstleistungen	2.195	2.378	5	6	344	327	0	0
Gesundheit & Soziales	307	837	1	2	2	1	0	0
Gebietskörperschaften	261	340	1	1	19.421	18.194	30	25
Beteiligungsgesellschaften	1.806	474	4	1	396	438	1	1
Versicherungen	23	28	0	0	110	120	0	0
Chemische Industrie	37	26	0	0	102	116	0	0
Sonstige	316	328	1	1	87	154	0	0
<b>Summe CCE Branchen<sup>1</sup></b>	<b>41.233</b>	<b>38.502</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>64.473</b>	<b>73.746</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Die nachfolgende Aufgliederung nach Restlaufzeiten zeigt für die Kreditrisiken ein deutliches Gewicht im Bereich über fünf Jahre. Diese Struktur wird maßgeblich durch unser Engagement im gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft geprägt.

## CCE-Darstellung nach Restlaufzeiten

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %
unter drei Monate	4.726	6.162	12	16	8.138	6.606	13	9
drei Monate bis ein Jahr	1.780	1.720	4	4	9.735	9.175	15	12
ein Jahr bis fünf Jahre	13.518	12.022	33	31	34.039	41.497	53	56
über fünf Jahre	21.209	18.598	51	48	12.436	16.468	19	22
<b>Summe CCE Restlaufzeiten<sup>1</sup></b>	<b>41.233</b>	<b>38.502</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>64.348</b>	<b>73.746</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Gesamtengagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldung in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückten. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Der darin enthaltene Anteil der Staatsfinanzierungen betrug 3 % des Konzernengagements in allen EU-Ländern.

### CCE-Darstellung nach ausgewählten Staaten

	Current Credit Exposure		Netto CCE	
	2011	2010	2011	2010
<b>in Mio. €</b>				
<b>Griechenland</b>	<b>92</b>	<b>415</b>	<b>189</b>	<b>519</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	24	51	121	155
Staat	68	364	68	364
<b>Irland (Republik)</b>	<b>614</b>	<b>1.188</b>	<b>477</b>	<b>1.059</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	614	1.188	477	1.059
Staat	0	0	0	0
<b>Italien</b>	<b>2.287</b>	<b>3.426</b>	<b>2.295</b>	<b>3.450</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.984	2.916	1.992	2.940
Staat	303	510	303	510
<b>Portugal</b>	<b>185</b>	<b>239</b>	<b>218</b>	<b>388</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	185	239	218	388
Staat	0	0	0	0
<b>Spanien</b>	<b>2.251</b>	<b>3.721</b>	<b>2.216</b>	<b>3.648</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.848	3.317	1.755	3.188
Staat	403	404	461	460
<b>Ungarn</b>	<b>223</b>	<b>287</b>	<b>223</b>	<b>292</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	10	57	0	33
Staat	213	230	223	258
<b>Summe CCE ausgewählte Staaten</b>	<b>5.652</b>	<b>9.276</b>	<b>5.618</b>	<b>9.356</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	4.665	7.768	4.563	7.763
Staat	987	1.508	1.055	1.592

Das Netto CCE ergibt sich aus dem Current Credit Exposure abzüglich Sicherheiten zuzüglich Risikoübertrag aus Garantiebeziehungen (Risiko-Transfer). Das bedeutet, dass Bürgschaften und Garantien beim Garantiennehmer als Sicherheiten dargestellt werden und gleichzeitig beim Garantiegeber zu einer Blanko-Erhöhung führen. Beispielsweise halten wir Anleihen von ausländischen Töchtern einer griechischen Bank (Mutterunternehmen), die von diesem griechischen Mutterunternehmen garantiert werden. Dadurch kommt es zu einem

Risiko-Transfer weg von den ausländischen Töchtern hin zu Griechenland mit einhergehender Erhöhung des Netto-CCE bei der griechischen Bank (Mutterunternehmen).

### Exposure in Schuldinstrumenten in ausgewählten Staaten zum 31. Dezember 2011

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert <sup>1</sup>	stille Effekte <sup>2</sup>
<b>Griechenland</b>	<b>386</b>	<b>209</b>	<b>-33</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	154	153	-33
Staat	232	56	0
<b>Irland (Republik)</b>	<b>502</b>	<b>506</b>	<b>-30</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	502	506	-30
Staat	0	0	0
<b>Italien</b>	<b>2.402</b>	<b>2.381</b>	<b>-181</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.092	2.065	-162
Staat	310	316	-19
<b>Portugal</b>	<b>300</b>	<b>299</b>	<b>-84</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	300	299	-84
Staat	0	0	0
<b>Spanien</b>	<b>2.380</b>	<b>2.301</b>	<b>-108</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.984	1.901	-91
Staat	396	400	-17
<b>Ungarn</b>	<b>251</b>	<b>231</b>	<b>-14</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	10	10	-1
Staat	241	220	-13
<b>Summe</b>	<b>6.221</b>	<b>5.927</b>	<b>-450</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	5.042	4.935	-401
Staat	1.179	992	-50

Das Exposure in Schuldinstrumenten, bezogen auf Nominal- und Buchwert, setzt sich aus direktem und indirektem Exposure in Anleihen, Schuldscheindarlehen, Asset Backed Securities und Credit Default Swaps zusammen. Ein indirektes Exposure liegt vor, sofern ein Unternehmen originär nicht in den ausgewählten Staaten ansässig ist, jedoch ein enger Zusammenhang über Konzern- beziehungsweise Garantiebeziehungen besteht.

1) Die Buchwerte berücksichtigen bereits die Anrechnung von Sicherungsgeber- beziehungsweise Sicherungsnehmerpositionen aus CDS-Geschäften.

2) Die stillen Effekte beinhalten sowohl die stillen Lasten für Bestände in der Bewertungskategorie Loans and Receivables (LaR) als auch die Effekte in der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS). Die stillen Effekte ergeben sich aus der Differenz von Markt- und Buchwerten.

Nachstehend ist das oben abgebildete Exposure (Nominalwerte) in ausgewählten Staaten nach IFRS-Bewertungskategorien per 31. Dezember 2011 aufgegliedert:

### Bewertungskategorien ausgewählter Staaten

	31.12.2011
in Mio. €	
<b>Held for Trading / Fair Value-Option</b> (erfolgswirksame Bewertung)	595
<b>Available for Sale (AFS)</b> (erfolgsneutrale Bewertung im Eigenkapital)	952
<b>Loans and Receivables (LaR)</b> (fortgeführte Anschaffungskosten)	4.674
<b>Summe</b>	<b>6.221</b>

### Angaben zum Griechenland Exposure

Das Engagement des Konzerns in griechischen Staatsanleihen reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen im Jahr 2011 um rund 200 Mio. € (Nominalwerte).

Die Nominalbeträge für Credit Default Swaps (CDS) auf griechische Staatsanleihen in der Position des Sicherungsgebers beziehungsweise Sicherungsnehmers gleichen sich per 31. Dezember 2011 aus. Das Gleiche gilt für die Buchwerte. Hieraus resultieren keine Bewertungseffekte.

Im Jahr 2011 spitzte sich die Staatsschuldenkrise in Griechenland weiter zu. Diese Entwicklung und die bisherigen Erkenntnisse um die Beteiligung privater Gläubiger veranlasste den Konzern, Abschreibungen insgesamt in Höhe von 184 Mio. € auf den Marktwert griechischer Staatsanleihen mit einem Nominalbetrag von 232 Mio. € vorzunehmen. Die Staatsanleihen sind fast ausschließlich der Kategorie LaR zugeordnet. Der Buchwert unter Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen, Abschreibungen sowie von Sicherungsbeziehungen beträgt 56 Mio. €. Der Großteil dieser Staatsanleihen wird bis 31. Dezember 2015 fällig (74 %); die letzte Endfälligkeit ist im März 2024.

Die weiteren mit Griechenland verbundenen Forderungen in der Kategorie LaR mit einem Nominalbetrag von 154 Mio. € beziehen sich überwiegend auf Töchter von griechischen Banken mit Sitz in Großbritannien. Um dem gestiegenen Risiko dieses Portfolios Rechnung zu tragen, wurde dafür eine Portfoliowertberichtigung von 24 Mio. € gebildet.



---

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

### ***Risikominderung***

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 32 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus wurden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting um rund 11 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten bis hin zu einer Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate wurden in Höhe von etwa 6 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € berücksichtigt.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die Bank zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die Bank das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von "Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)" (bis August 2011 "Zentraler Kreditausschuss" (ZKA)). Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, wird eine aktuelle Überprüfungspflicht für die Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen ausgelöst. Im Jahr 2011 bestand entsprechend den Unterlagen der Bank hieraus kein Handlungsbedarf.

---

Der Konzern hat in seinem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durchführung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

### ***Kreditrisikomessverfahren***

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung innerhalb der 25-stufigen Rating-Masterskala. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikoüberwachungseinheit nach § 152 der SolvV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die 25-stufige Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von

---

einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Instituts- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) aufgrund von Ratingmigrationen. Die erstmalige Anwendung der entsprechenden Modellerweiterung erfolgte zum Jahresbeginn 2011.

### ***Reporting***

Die Adressenausfallrisiken werden monatlich im Rahmen des Top Management Reports berichtet. Ein ausführlicher Kreditrisikoreport wird quartalsweise erstellt. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, wird ein monatlicher Klumpenreport generiert. Alle Auswertungen werden dem Vorstand zur Kenntnis gegeben.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberziehungen unterrichtet.

### ***Kreditqualität***

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

Risikoklassen	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2011	2010	2011	2010
<b>in Mio. €</b>				
1 bis 3	22.833	23.681	61.926	71.487
4 bis 7	8.357	5.611	1.773	1.447
8 bis 12	5.439	4.214	484	396
13 bis 15	718	895	17	146
keine Risikoklasse verfügbar	987	400	67	217
<b>CCE Konzern LBBH - weder überfällig noch wertgemindert</b>	<b>38.334</b>	<b>34.801</b>	<b>64.267</b>	<b>73.693</b>
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>93,0%</i>	<i>90,4%</i>	<i>99,9%</i>	<i>99,9%</i>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>41.233</b>	<b>38.502</b>	<b>64.348</b>	<b>73.746</b>

### ***Kreditüberwachung***

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

---

## ***Risikobeschränkung***

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

## ***Einzelkreditnehmerlimite***

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

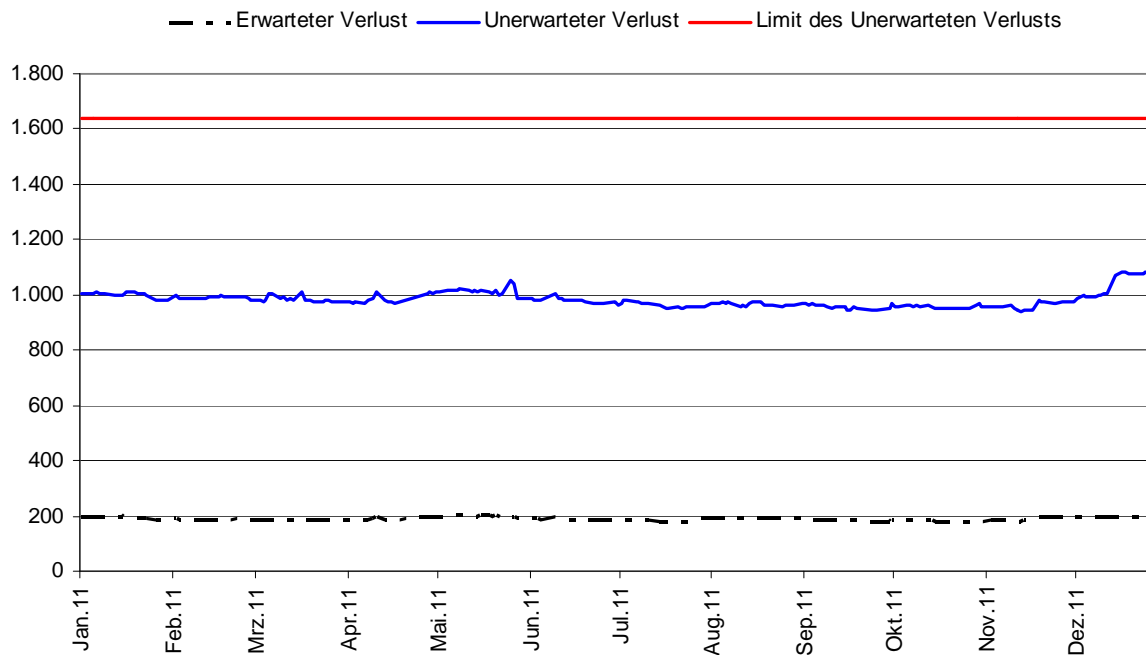
Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgen dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

## ***Portfoliosteuerung***

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Konzernbanken und des gesamten Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2011 dargestellt. Im Dezember erfolgte die Aktualisierung der Parametrisierung des Kreditrisikomodells. Insbesondere die Korrelationen wurden neu geschätzt. Durch diese Maßnahme haben sich die Kreditrisikokennzahlen des Konzerns erhöht.

## Credit-Value-at-Risk-Kennzahlen Konzern in Mio. €



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die jeweiligen Limithöhen werden dabei unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand beschlossen. Eine unlimitierte Geschäftsausweitung ist seit 2011 nur noch in der höchsten Ratingklasse 1 (AAAA) möglich.

Die Systematik zur Länderrisikoermittlung wurde im Jahr 2011 weiter verbessert. Das Risiko wird jetzt als Summe der Länderexposure und Reservierungen (netto) ausgewiesen. Das für 2010 in der folgenden Tabelle dargestellte Auslandsvolumen wurde auf Basis des Netto Potential Future Exposures (Netto PFE) berechnet und entspricht dem CCE inklusive Add Ons nach Berücksichtigung von Sicherheiten.

## Auslandsvolumen

	Exposure	Netto PFE
	2011	2010
in Mio. €		
<b>Ohne Limitierung des Auslandsvolumens</b>	<b>21.135</b>	<b>26.980</b>
Eurozone	12.121	11.762
Rest EU	7.135	8.233
Europa	1.416	1.466
Nordamerika	463	5.519
<b>Limitiertes Auslandsvolumen mit</b>	<b>13.710</b>	<b>12.498</b>
geringem Transferrisiko	12.796	12.159
mittlerem Transferrisiko	764	296
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	150	43
<b>Konzern LBBH</b>	<b>34.845</b>	<b>39.478</b>

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

### **Behandlung von Problemkrediten**

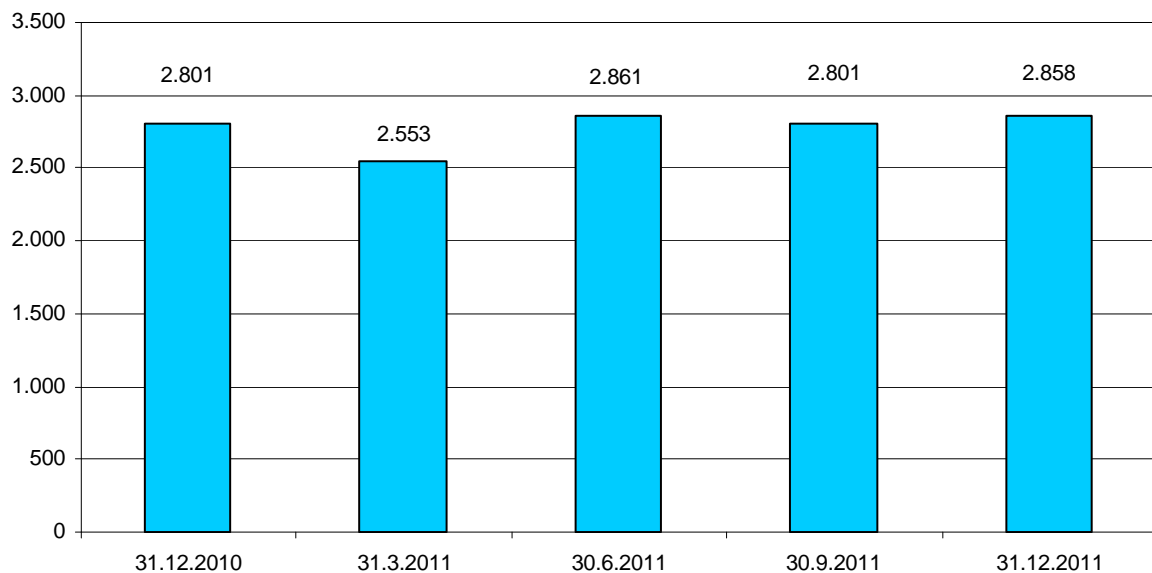
Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Im Folgenden findet sich eine Unterteilung des Portfolios mit Kreditrisiken nach Good Loans, Subperforming Loans und Nonperforming Loans sowie nach Alter der Forderung. Zusätzlich werden die Exposure von Kreditnehmern, die in Verzug sind, aber nicht wertberichtigt wurden, ausgewiesen. Gleichzeitig wird die Höhe der rückständigen Leistungen für diese Teilportfolien wiedergegeben.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr annähernd konstant geblieben. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2011 bei 2,7 % (Vorjahresstichtag : 2,5 %).

### **Current Credit Exposure der Nonperforming Loans in Mio. €**



### **Bildung der Kreditrisikovorsorge**

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Es wird monatlich sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung an den Vorstand berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.



---

## **Anteilseignerrisiken**

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestands um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen. In der Risikostrategie der jeweiligen Geschäftsfelder werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert.

---

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Insgesamt erhöhte sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr um rund 0,4 Mio. € oder 2 %. Mit der Deko Anteilseigner GmbH und der Deko Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG kamen zwei neue wesentliche Beteiligungen zur Jahresmitte 2011 hinzu.

### **Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die Gewährleistung der zentralen Liquiditätsversorgung des Konzerns ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

### ***Auswirkungen der Finanzkrise***

Seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 ist die Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte eingeschränkt. Nachdem sich die Bedingungen in den Jahren 2009 und 2010 zunächst verbessert hatten, haben sie sich seit dem zweiten Quartal 2011 wieder deutlich verschlechtert. Viele Indikatoren sind vergleichbar mit jenen Werten, die im Jahr 2008 nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers zu beobachten gewesen waren. Ursache für die verschlechterten Bedingungen ist ein wachsender Vertrauensverlust an den

---

Märkten, der ursprünglich durch die Diskussion über eine private Gläubigerbeteiligung für die Griechenlandrettung ausgelöst wurde.

Vor diesem Hintergrund hat die EZB ihren im Jahr 2010 eingeschlagenen Kurs der Zurücknahme von krisenbedingten Maßnahmen zur Stützung der Märkte verlassen. Sie stützt die Refinanzierungsmärkte der Banken erneut mit umfassenden Maßnahmen, die teilweise bereits in den Jahren 2008 und 2009 Anwendung fanden (zum Beispiel Refinanzierungsgeschäfte mit längerer Laufzeit, Fremdwährungsfazilitäten, Covered-Bond-Ankaufprogramm).

Trotz dieses angespannten Umfelds ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der LBB geordnet. Es gelang im gesamten Jahresverlauf 2011, das Geschäftsvolumen vollständig und unter Vorhaltung ausreichender Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren. Die Ratingherabstufung der langfristig ungarantierten Verbindlichkeiten der Landesbank Berlin AG von AA- auf A+ durch die Ratingagentur Fitch führte zu keiner anderen Einschätzung.

### ***Grundlagen und Liquiditätskennziffern***

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

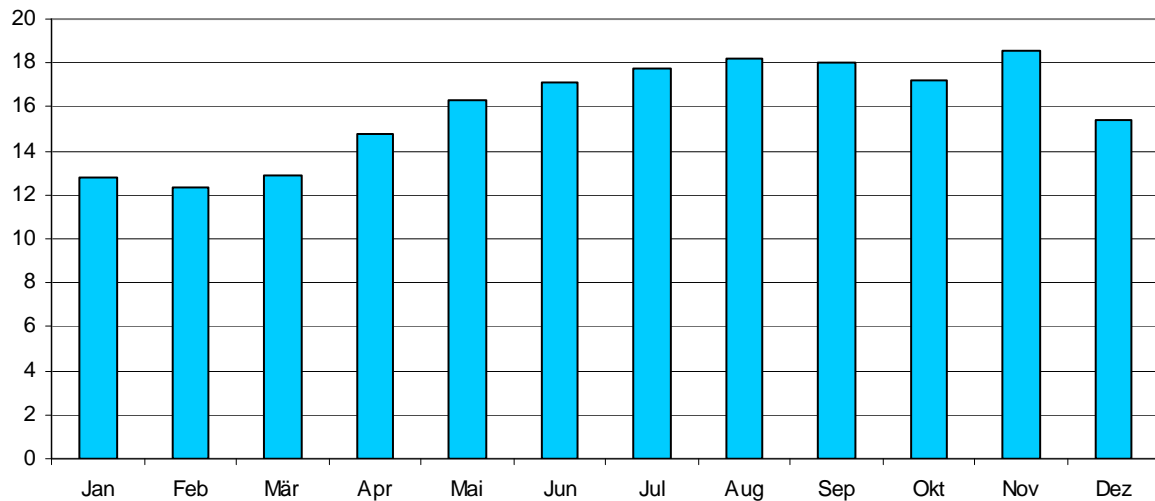
Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

---

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

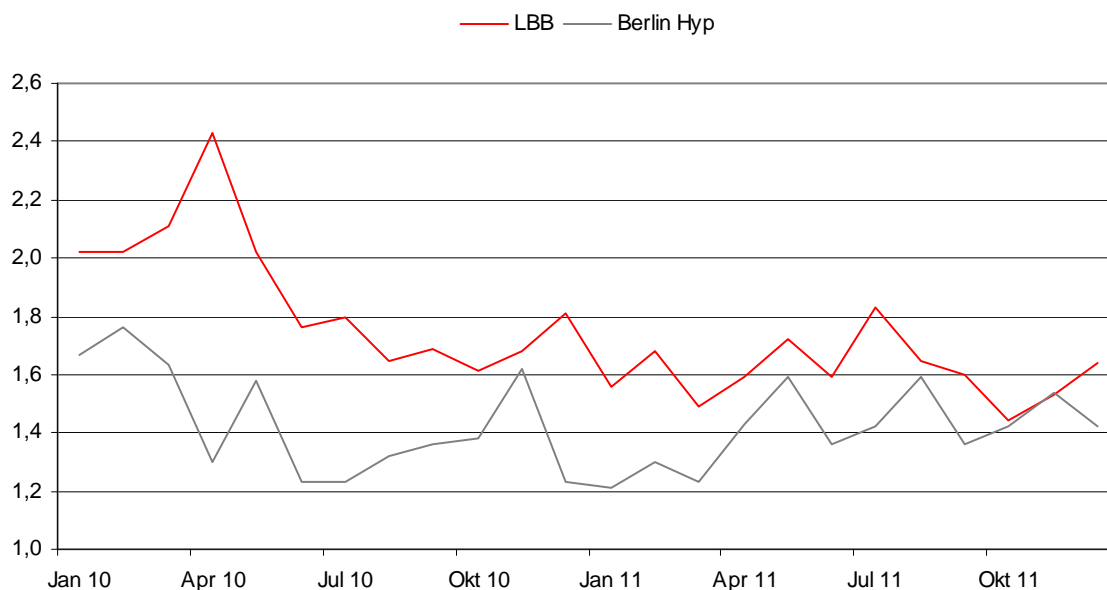
**Kumulierter Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage des LBBH-Konzerns in Mrd. €**



Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

	2011	2010
Landesbank Berlin	1,64	1,81
Berlin Hyp	1,42	1,23

### **Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken**

Zusätzlich wird für den Konzern ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich grundsätzlich an der Methodik der Liquiditätsverordnung orientiert. Es existieren jedoch zusätzliche Stresstests mit Modellparametern, die zwar auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung basieren, aber zum Teil deutlich konservativer angesetzt sind. Im Jahr 2011 waren im Beschaffungsrisiko für alle beobachteten Szenarien jederzeit mehr Reserven vorhanden als zur Deckung der Cashflows benötigt wurden.

Das interne Liquiditätsrisikocontrolling ist unterteilt in das Beschaffungs-, das Fristen- und das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

---

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperreten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Das Preisrisiko stellt das Risiko dar, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Basis der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling darauf überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen unter anderem den teilweisen Abfluss kurzfristiger Einlagen, die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien, Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen und auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

---

### ***Reporting der Liquiditätsrisiken***

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2011 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

### ***Steuerung der Liquiditätsrisiken***

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

### ***Risikokonzentrationen***

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Risikokonzentrationen werden neben dem Beschaffungs- und Fristenrisiko in vordefinierten Reports separat betrachtet und turnusmäßig an den Vorstand berichtet.

---

Adressen- und branchenspezifische Konzentrationen bestehen bei unseren Einlagen aus der Sparkassenfinanzgruppe, die seit 2008 stetig erfreulich gewachsen sind.

Währungsspezifische Konzentrationen bestehen in der Heimatwährung Euro. Das Exposure in Fremdwährungen ist relativ zur Bilanzsumme und zum Exposure von Wettbewerbern niedrig.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu circa 80 % in Deutschland. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf unter 20 % geschätzt wird.

Da sich auch im Jahr 2011 die unbesicherten Bondmärkte mit großvolumigen Emissionen nicht effizient nutzen ließen, setzte die LBB ihre in den Jahren 2009 und 2010 begonnene Strategie fort und führte die notwendigen Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Diese Strategie der Konzentration auf eine Produktkategorie erwies sich als erfolgreich. Eine ähnliche Strategie wurde auch im Pfandbriefbereich verfolgt. Hier wurde im Konzern im Berichtsjahr lediglich ein Jumbo-Hypothekenpfandbrief der Berlin Hyp begeben, während die restlichen Refinanzierungen ebenfalls mit Hilfe von Privatplatzierungen vorgenommen wurden.

### ***Restlaufzeitengliederung***

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2011 gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettoszahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühest möglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.



## Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

	2011	2010
<b>in Mio. €</b>		
<b>Kreditinstitute</b>		
<= 1 Monat	19.003	23.230
> 1 Monat und <= 1 Jahr	11.563	6.129
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	1.008	1.756
> 5 Jahre	1.060	826
<b>Gesamt</b>	<b>32.634</b>	<b>31.941</b>
<b>Kunden</b>		
<= 1 Monat	24.220	23.642
> 1 Monat und <= 1 Jahr	5.673	4.092
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	8.934	6.630
> 5 Jahre	9.525	9.330
<b>Gesamt</b>	<b>48.352</b>	<b>43.694</b>
<b>Emittierte Wertpapiere</b>		
<= 1 Monat	809	1.725
> 1 Monat und <= 1 Jahr	8.019	10.429
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	31.166	32.492
> 5 Jahre	6.147	7.417
<b>Gesamt</b>	<b>46.141</b>	<b>52.063</b>
<b>Derivate Verbindlichkeiten</b>		
<= 1 Monat	3.972	3.788
> 1 Monat und <= 1 Jahr	3.507	4.051
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	8.088	6.388
> 5 Jahre	3.631	2.978
<b>Gesamt</b>	<b>19.198</b>	<b>17.205</b>

## Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit Spread-Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Zinsma-

---

nagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

### **Steuerung der Marktpreisrisiken**

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro strategischem Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

---

### ***Kontrolle der Marktpreisrisiken***

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet.

### ***Reporting der Marktpreisrisiken***

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risikocontrolling sowie das für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Top Management Reports.

### ***Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen im Konzern***

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limits gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

## Value-at-Risk Konzern

	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	31.12. 2011	31.12. 2010
<b>in Mio. €</b>								
<b>Kapitalmarktgeschäft</b>	102	75	54	41	181	217	170	170
Client Business	-	8	-	4	-	22	-	27
Client Business Distribution	0	-	0	-	0	-	0	-
Client Business Production	11	-	5	-	24	-	24	-
Trading	-	6	-	3	-	16	-	60
Treasury	-	69	-	36	-	196	-	150
Treasury & Trading	91	-	42	-	173	-	170	-
Internationales Geschäft	1	1	0	0	2	2	5	5
<b>Bankbuch</b>	<b>77</b>	<b>63</b>	<b>33</b>	<b>33</b>	<b>136</b>	<b>130</b>	<b>230</b>	<b>230</b>
Bankbuch Landesbank	73	43	45	25	136	113	150	150
Bankbuch Berlin Hyp	35	37	14	16	59	115	85	85
Sonstige Bankbücher	2	1	1	1	4	2	-	5
<b>Konzern</b>	<b>127</b>	<b>108</b>	<b>56</b>	<b>56</b>	<b>237</b>	<b>341</b>	<b>400</b>	<b>400</b>
Aktienrisiko	9	17	4	14	18	35		
Währungsrisiko	13	10	7	6	21	18		
Zinsrisiko	55	52	26	24	114	134		
Credit-Spread-Risiko	86	69	39	31	175	174		
<b>Konzern</b>	<b>127</b>	<b>108</b>	<b>56</b>	<b>56</b>	<b>237</b>	<b>341</b>		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 wurde die Portfoliostruktur für Client Business und Treasury und Trading geändert. Somit sind in Teilen für 2010 beziehungsweise 2011 keine Werte verfügbar.

## Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden die in der Tabelle Value-at-Risk Konzern enthaltenen Risiken dargestellt. Hinzu kommen zum Beispiel Angaben zu Unterportfolien sowie eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

## Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2011 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich gesunken.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte (BP) werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

	+ 100 BP		- 100 BP	
	2011	2010	2011	2010
<b>in Mio. €</b>				
<b>Konzern</b>	-111	-257	79	19
LBB	-75	-197	43	-8
Berlin Hyp	-22	-57	21	23
Andere	-13	-3	15	4

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile und mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei Null. Daraus resultiert im Wesentlichen die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall. Die Bank plant mit Blick auf das aktuelle Umfeld sehr niedriger Zinsen eine Modellanpassung zur Berücksichtigung von negativen Zinsen.

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +200 und –200 Basispunkte zu betrachten:

	+ 200 BP		- 200 BP	
	2011	2010	2011	2010
<b>in Mio. €</b>				
LBB (Anlagebuch)	-148	-371	-31	-108

Für die damals zum Stichtag 31. Dezember 2010 geltenden Vorschriften wurden die Werte für +130 BP (-246 Mio. €) und -190 BP (-73 Mio. €) angegeben.

---

## **Währungsrisiken**

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Währungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 13 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des US-Dollar.

## **Aktien- und Fondsrisiken**

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im „Treasury & Trading“ sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Bei der Behandlung des überwiegend im Anlagebuch verbuchten Fondsportfolios wird zwischen Fonds unterschieden, die eine Durchschau zulassen sowie den übrigen Fonds, die wie Aktien behandelt werden. Im Handelsbuch wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Hinzu kommen spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

## **Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns**

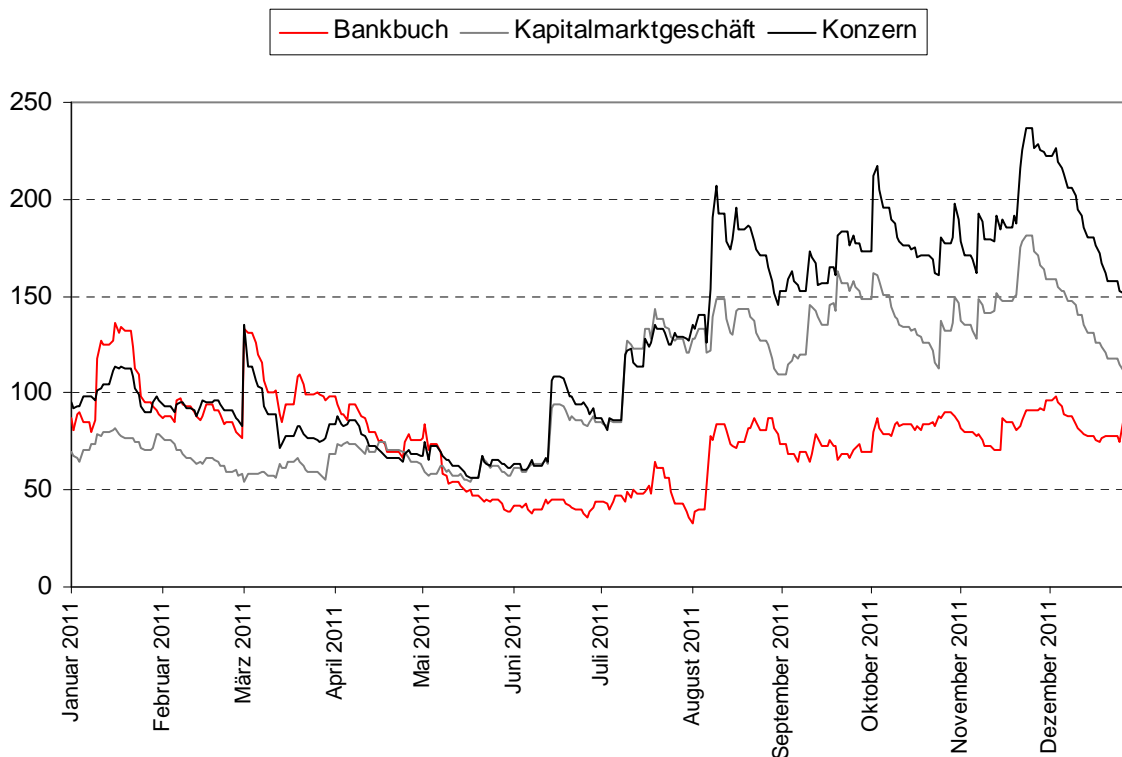
Das Marktpreisrisiko ist per Ende 2011 im Vergleich zum 31. Dezember 2010 um 50 Mio. € auf 148 Mio. € gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2011 betrug es 127 Mio. €.

Anfang März stieg das Risiko sprunghaft auf 135 Mio. €. Hauptursache hierfür war der plötzliche Anstieg der Zinsvolatilitäten infolge der deutlichen Hinweise auf eine im April bevorstehende Leitzinserhöhung der EZB. Sich wieder beruhigende Marktvolatilitäten führten anschließend zu einem stetigen Risikorückgang, der bis Mitte Juni anhielt. Aufgrund gesteigerter Preisvolatilitäten europäischer Bankentitel kam es im Juni auf Konzernebene zu einem erneuten sprunghaften Risikoanstieg von 64 Mio. € auf 106 Mio. €.

Im Verlauf des zweiten Halbjahres führte die wachsende Unsicherheit an den Finanzmärkten wegen der europäischen Schuldenkrise zu stark steigenden Credit Spread- und Zinsvolatilitäten. Das Marktpreisrisiko stieg auf bis zu 237 Mio. €.

Im Jahresverlauf 2011 ergaben sich die folgenden Auslastungen für den Konzern (Limit: 400 Mio. €) das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 230 Mio. €):

### Marktpreisrisiko des Konzerns in Mio. €



### Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen. Im Jahr 2011 wurde das bislang für Aktienrisiken angewandte Single Index Modell durch eine integrative Betrachtung aller einzelnen Aktienrisiken im Delta-Gamma-Ansatz analog sonstiger Risiken ersetzt. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken ebenfalls integrativ erfasst.

Zum Ende des Berichtsjahres erfolgte zudem im Einklang mit der Änderung der Solvabilitätsverordnung eine Änderung der Ermittlung des Risikos für die Marktrisikoposition der LBB.

---

Aufgrund der Verwendung des Maximums zweier unterschiedlich parametrisierter Value-at-Risk-Berechnungen führt diese zu einer noch konservativeren Risikounterlegung.

Die Korrelationen der nach der Umstellung auf den vollen Delta-Gamma-Ansatz nunmehr circa 12.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung im Konzern die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, belief sich zum Jahresende trotz der massiven Verschärfung der Finanzkrise im Euroraum auf lediglich sechs.

Weitere Veränderungen auf Grund der zum Jahresultimo in Kraft getretenen Änderungen der Solvabilitätsverordnung beinhalten insbesondere die zusätzliche Ermittlung des Krisenrisikobetrags (Stressed VaR) und die Ermittlung des zusätzlichen Ausfall- und Migrationsrisikos (Incremental Risk Charge, IRC) im Rahmen des internen Modells für die Marktrisikoposition der LBB.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.



---

## **Sicherungsbeziehungen**

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge wendet der Konzern Hedge Accounting nach IAS 39 an. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Ferner werden nach IFRS im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges die Schwankungen von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps abgesichert.

Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 8.6.

## **Verbriefungstransaktionen**

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang vorgenommen. Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

## Verbriefungsportfolio des Konzerns per 31. Dezember 2011

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating						
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. Grade	De-fault	Not rated
<b>Ausgewählte strukturierte Verbriefungen</b>	<b>3.127</b>	<b>3.110</b>	<b>2.271</b>	<b>185</b>	<b>269</b>	<b>254</b>	<b>81</b>	<b>50</b>	<b>0</b>
CMBS	48	48	0	21	8	0	19	0	0
RMBS	1.929	1.914	1.504	7	112	179	62	50	0
Verbriefte Auto Loans	511	511	511	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	552	550	219	157	99	75	0	0	0
Verbriefte Credit Loans	87	87	37	0	50	0	0	0	0
<b>CDO</b>	<b>1.232</b>	<b>1.194</b>	<b>108</b>	<b>777</b>	<b>209</b>	<b>55</b>	<b>45</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Synthetische CDOs	37	29	0	0	0	16	13	0	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	1.138	1.137	108	776	207	39	7	0	0
CDO of ABS	57	28	0	1	2	0	25	0	0
<b>Sonstige strukturierte Verbriefungen</b>	<b>447</b>	<b>377</b>	<b>34</b>	<b>98</b>	<b>75</b>	<b>14</b>	<b>66</b>	<b>0</b>	<b>90</b>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>4.806</b>	<b>4.681</b>	<b>2.413</b>	<b>1060</b>	<b>553</b>	<b>323</b>	<b>192</b>	<b>50</b>	<b>90</b>

CMBS: Commercial Mortgage Backed Security  
RMBS: Residential Mortgage Backed Security

CDO: Collateralized Debt Obligation  
ABS: Asset Backed Security

Bei den sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuordenbar sind sowie um 90 Mio. € als solche nicht geratete Fonds, die Verbriefungen enthalten.

### Immobilienrisiken

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von der Bank selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die Bank beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilien-Portfolios weiter abzubauen.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

---

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ging im Jahresverlauf 2011, im Wesentlichen aufgrund der Veräußerung von Fondsanteilen sowie von Anpassungen der Objektwerte an die aktuellen Marktbedingungen, um circa 9,5 Mio. € beziehungsweise 13,1 % zurück.

### **Operationelle Risiken**

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

---

## ***Organisationsstruktur***

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

## ***Risikosteuerung und -überwachung***

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

---

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- den Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung und Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten entwickelt.

### ***Messung der operationellen Risiken***

Die im Jahr 2010 begonnene Prüfung zur Zertifizierung eines fortgeschrittenen Messmodells zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken (AMA - Advanced Measurement Approach) wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und erfolgreich abgeschlossen. Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung operationeller Risiken verwendet der Konzern per 31. Dezember 2011 somit einen fortgeschrittenen Messansatz (AMA) gemäß § 278 SolvV. Unter Anwendung des AMA wurde im Jahr 2011 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 154 Mio. € (Vorjahr: 212 Mio. € nach Standardansatz) ermittelt.

Der Konzern hat sein internes Modell zur Berechnung des ökonomischen Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts auf Basis der gesetzlichen Anforderungen zur Anwendung eines AMA verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

In Zusammenarbeit mit dem Datenkonsortium OpRisk (DakOR) wurde der Katalog der signifikanten Szenarien operationeller Risiken ergänzt beziehungsweise überarbeitet. Diese

---

Szenarien werden in der Szenarioanalyse diskutiert und bewertet. Zur Bewertung der Szenarien werden unter anderem neben den internen Schäden auch die Schäden aus DakOR und der öffentlichen Schadenfallsammlung (ÖffSchOR) herangezogen. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthäufigkeiten und -höhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle strategischen Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2011 für den Konzern einen Wert von 142 Mio. € (Vorjahresstichtag: 120 Mio. €). Die Veränderung zum Vorjahr ergab sich im Wesentlichen aufgrund von Anpassungen im Modell aufgrund der Ergebnisse der AMA-Prüfung sowie der Schadensfallentwicklung (Datenkonsortium).

## **Compliance**

Compliance steht allgemein für die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Bestimmungen sowie Handeln im Einklang mit den ethischen Werten des Unternehmens (compliance-gerechtes Verhalten).

Im Konzern umfasst die Zuständigkeit des Bereichs Compliance über die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wertpapier-Compliance, des Datenschutzes und der Geldwäsche- und Betrugsprävention hinaus alle Maßnahmen zur Vermeidung von Reputationsschäden, die sich aus einem nicht compliance-gerechten Handeln von Mitarbeitern oder Externen ergeben können (Corporate Compliance).

Der Konzern hat im Berichtsjahr nach den neuen Anforderungen des Kreditwesengesetzes zur Intensivierung der Betrugs- und Geldwäscheprävention (§ 25c KWG) im Bereich Compliance eine „zentrale Stelle“ etabliert. Die Aufgabe der „zentralen Stelle“ besteht insbesondere in der Koordination, Unterstützung und Kontrolle bei der Implementierung von Maßnahmen zur Verhinderung der genannten Delikte. Die „zentrale Stelle“ koordiniert außerdem interne Untersuchungen bei Verdachtsfällen auf strafbare Handlungen und vertritt die Bank bei

---

Bedarf gegenüber den staatlichen Ermittlungsbehörden. Zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verfügt die „zentrale Stelle“ über technische Auswertungsmöglichkeiten von verdächtigen Zahlungsflüssen.

Jährlich wird eine Gefährdungsanalyse erstellt, in der alle Bereiche und die Prozesse des Konzerns daraufhin untersucht werden, welche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen existieren. Dabei werden die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Schlüssel-Kontrollen (zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip) analysiert und bewertet.

### ***Personalrisiken***

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

---

## ***IT- und Systemrisiken***

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit orientierte sich bisher an der ISO-Norm ISO/IEC 27002 2005. Im Zusammenhang mit der OSPlus-Migration zur Finanz Informatik hat sich die LBB vertraglich verpflichtet, den Best Practice Standard „Sicherer IT Betrieb“ (SITB) der Finanz Informatik als neuen Informationssicherheitsstandard im Konzern zu etablieren.

Die Finanz Informatik hat den SIZ-Standard SITB zu einem „Best Practice“-Standard für Finanzinstitute (SITB) verdichtet. Der SITB ist selbst ein zertifizierbarer Standard, stellt aber darüber hinaus die Einhaltung von nationalen und internationalen Standards und Regelwerken sicher. Im SITB werden nicht nur die wichtigsten Standards für das Sicherheitsmanagement (ISO/IEC 27001:2005, ISO/IEC 27002:2005, BSI IT-Grundschutz-Standards) berücksichtigt, sondern auch Betriebsführungs- (ITIL) und Prüfungsstandards (zum Beispiel IDW, COBIT) sowie branchen- oder organisationspezifische Standards. Insofern ist mit der Neuorientierung der LBB am SITB eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche übli-



---

chen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt unter anderem durch externe Auditoren, zum Beispiel durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum).

Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiter entwickelt. So wurde die Bankenservice GmbH als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001:2008 im Jahr 2009 erstmalig rezertifiziert. Die nächste Rezertifizierung steht im Jahr 2012 an.

Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2011 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen (zum Beispiel Basel III, IFRS 9),
- Modernisierung, Konsolidierung, Standardisierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Prozesse,
- Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik,
- Optimierung der Infrastruktur im Kapitalmarktgeschäft sowie
- Etablierung der „S-Kreditpartner GmbH“ und Integration von Kreditportfolien der „readybank ag“.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

### ***Sicherheits- und Notfallmanagement***

Für Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

---

Darüber hinaus verfügt der Konzern über eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse zwecks Sicherung des Bankbetriebs und Reduzierung von Verlusten im Fall einer schweren Betriebsstörung. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat zur Koordination und Überwachung der Informationssicherheit sowie der Überwachung des Notfallmanagements einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

### ***Outsourcing***

Der Konzern führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Ferner wurde ein Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen (IKS LÜS) im Bereich Einkaufsmanagement implementiert. Das IKS LÜS überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

---

## **Rechtsrisiken**

Rechtsrisiken werden grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

### Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Das Land und der LBB-Konzern werden sich im Jahr 2012 über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision verständigen. Solange das Land und der Konzern keine Einigung erzielen, bleibt es bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €.

---

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

### **Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem**

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding, die RVG sowie für weitere Konzernunternehmen. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische

---

Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostrategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2011 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

---

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Impliziter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden bei Kontrollen Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen. Eine Überprüfung dieser Prozesse und die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgen auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Infrastruktur Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

## **Sonstige Risiken**

### ***Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen***

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

---

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert.

---

## **Chancen- und Prognosebericht / Ausblick**

### **Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage**

Das weltwirtschaftliche Umfeld schwächt sich ab. In den Klimaindikatoren zeigen die Erwartungen eine bestenfalls noch verhaltene Entwicklung an. Allerdings ist die Ausgangslage in wesentlich geringerem Umfang durch zyklische Übertreibungen gekennzeichnet als 2008. Dies spricht gegen eine ausgeprägte Abkühlung. Zudem verfügt insbesondere die deutsche Industrie noch über komfortable Auftragspolster. Auch die hiesige Konjunktur wird allerdings durch nachlassende Aufholeffekte und die lahmende Auslandsnachfrage seitens der europäischen Partner in Mitleidenschaft gezogen. Vor allem am Rand der Eurozone (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) werden die Sparbemühungen fortgesetzt. Auch in den USA vollzieht sich ein Übergang von einer stimulierenden zur konsolidierenden Finanzpolitik. Das Konsumwachstum bleibt dort ebenfalls schwach, weil die Privathaushalte weiterhin nur geringe Einkommenssteigerungen erzielen und ihre Sparquote eher wieder steigern müssen. Gemildert werden die Abwärtsrisiken durch weiterhin großzügige Liquiditätsbedingungen und die vergleichsweise hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft.

Die Wachstumsrate in der Kernregion Berlin-Brandenburg wird sich wieder dem Bundesdurchschnitt angleichen, aber im Ausblick eher leicht darüber liegen. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Nicht zuletzt der Ausbau des Tourismus wirkt stabilisierend. Wachstumskerne bleiben darüber hinaus die Bereiche unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, Verkehrstechnik sowie die Informations- und Kommunikationstechnik. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen.

Die Preissteigerungsraten bildeten sich im Jahresverlauf weiter zurück, so dass die EZB mit Rücksicht auf die zugespitzte Verschuldungssituation an der Peripherie der Eurozone und den damit verbundenen Risiken für den Bankensektor einen stützenden Kurs beibehalten kann. Trotz ihrer Marktintervention und der Fortführung der international abgestimmten Aufanglösungen ist bisher aber keine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelungen. Von dauerhaft hohen Risikoaufschlägen für die betroffenen Länder und robuster Nachfrage nach deutschen Anleihen ist auch weiterhin auszugehen. Die Renditen bleiben



---

dementsprechend niedrig, erweisen sich dabei jedoch weiterhin als sehr schwankungsanfällig.

Das Kreditgewerbe bewegt sich folglich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Trotz niedriger Leitzinsen bleibt die Zinskurve ungewöhnlich flach. Dies schmälert die Ertragschancen aus der Fristentransformation. Auch die insgesamt volatile Marktentwicklung und nachteilige Rückwirkungen von Schuldenrestrukturierungen auf die Risikovorsorge der Institute bleiben Belastungsfaktoren. Vor diesem Hintergrund bleiben Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute ungünstig. Höhere Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität werden somit in vielen Fällen nicht allein per Thesaurierung erfüllt werden können.

### **Geschäftliche Ausrichtung**

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern LBBH weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern im Kundengeschäft zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Die Investitionspolitik wird einer kritischen Prüfung unterzogen.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Der Konzern nimmt dabei immer stärker die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergeb-

---

nis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

### **Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder**

Die konjunkturelle Entwicklung bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Die strategische Neuausrichtung im Kapitalmarktgeschäft soll die Ertragsstruktur verbessern und die Ergebnisvolatilität und Risiken verringern. Die regulatorischen Änderungen mit Basel III, vor allem die verschärften Anforderungen an die Kapital- und Liquiditätsausstattung, werden bei der Entwicklung der Geschäftsfelder zu berücksichtigen sein und wirken tendenziell wachstumsdämpfend..

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Dabei muss der Konzern die verschärften regulatorischen Anforderungen berücksichtigen sowie die erhöhten Eigenkapitalanforderungen erfüllen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern folgende Entwicklungen erwartet.

#### ***Private Kunden***

Im Jahr 2011 hat sich das Wachstum bei den Girokontomodellen fortgesetzt. Wir gehen auch weiterhin von einer positiven Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Dies unterstreicht der 2011 erneut gewonnene erste Platz im CityContest der Zeitschrift „Focus Money“ („Sieger Bankentest Berlin“), der auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse bestätigt.

---

Chancen ergeben sich aus der kompetenzorientierten Neuausrichtung des Vertriebs im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten- und Direktbankgeschäft sowie das Konsumentenkredit-Geschäft. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der neu gegründeten S-Kreditpartner GmbH.

Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Private Kunden wurde im Projekt „Wege zum Kunden“ organisatorisch abgeschlossen. Die operative Umsetzung begann in der zweiten Jahreshälfte 2010 und wird Ende 2012 beendet sein. Die Beratungsqualität unseres Hauses wird in den FinanzCentern neu gebündelt, die den PrivatkundenCentern an die Seite gestellt sind. Für vermögende Kunden stehen unverändert die VermögensanlageCenter zur Verfügung. Dies ermöglicht eine intensivere Kundenbetreuung und eine verbesserte Nutzung unserer Kompetenzen durch die Kunden. Dies wurde 2011 durch externe Vergleichstests, zum Beispiel durch das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) bestätigt, welches der Berliner Sparkasse den ersten Platz sowohl in der Beratung Geldanlage als auch in der Beratung Altersvorsorge bescheinigte. Darüber hinaus haben die gegründeten Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ ihre Geschäftstätigkeit erfolgreich aufgenommen. Hier werden unsere Kunden betreut, die einen medialen Kontakt zu ihrer Bank dem Besuch in einer Vertriebsstelle vorziehen oder die den Besuch ihres Beraters zu Hause wünschen. Das Projekt soll zu weiterem Wachstum des Geschäftsvolumens und damit einhergehenden Ertragssteigerungen führen. Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt.

Mitte 2011 nahm die S-Kreditpartner GmbH ihren Geschäftsbetrieb auf, ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Deutsche S-Leasing. Darüber hinaus erfolgte die Integration ausgewählter Aktivitäten der readybank in die S-Kreditpartner GmbH. Kerngeschäft der S-Kreditpartner GmbH sind Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), Kfz-Finanzierungen und Händlereinkaufsfinanzierungen. Damit unterstützen wir aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangene Marktanteile der Sparkassen im Kreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.

Im überregionalen Kartengeschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Die Neuorganisation der Vertriebsstruktur bis Ende 2012 erfordert Investitionen in den Umbau von Vertriebsstandorten, die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern und den Ausbau des

---

Direktbankgeschäfts über den Internetauftritt der Berliner Sparkasse und Direktwerbemaßnahmen.

Des Weiteren wurde mit der Weiterentwicklung der Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft begonnen. Ziele sind die Steigerung der Wertpapierkompetenz und deren Wahrnehmung im Markt sowie der Ausbau des Geschäfts. Die operative Umsetzung im Vertrieb erfolgt im Jahr 2012.

Risiken liegen in der Nichterreichung des geplanten Geschäftswachstums im Wettbewerbsumfeld oder aufgrund von künftigen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Im Geschäft mit Privaten Kunden werden wir das 2011 ausgewiesene Ergebnis in den nächsten beiden Jahren nicht erreichen. Wir erwarten für die nächsten zwei Jahre stabile Erträge, temporär belastend werden sich die erheblichen, zur langfristigen Sicherung unseres Geschäftserfolgs aber notwendigen Investitionen auf das Ergebnis auswirken.

### ***Firmenkunden***

Das Geschäftsfeld Firmenkunden der Landesbank Berlin AG gehört im Kernmarkt Berlin und Umland zu den führenden Marktteilnehmern. Das wirtschaftliche Umfeld dieses Regionalmarkts ist durch kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, einen hohen Anteil vor allem kleiner Dienstleistungsunternehmen sowie geringe Industriedichte mit begrenzten Wachstumsaussichten geprägt.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden wird Gewerbekunden und mittelständische Unternehmen auch weiterhin durch ein umfassendes Finanzdienstleistungsangebot, Kundennähe und Kompetenz überzeugen. Die Kunden vertrauen der Expertise und dem verlässlichen Geschäftsmodell und bestätigen dies durch kontinuierlich hohe Loyalitätsquoten.

So wurde die Landesbank Berlin im Jahr 2011 für herausragende Leistungen mit dem internationalen Preis „victor® - Bank des Jahres“ in der Kategorie Firmenkunden geehrt. Wir gehen auch weiterhin von einem hohen Niveau der Marktakzeptanz aus und verbinden unser Leistungsversprechen mit Qualität und einem ausgewogenen Preis-Leistungsverhältnis. Das Vertrauen unserer Kunden eröffnet Chancen zur weiteren Stärkung und Intensivierung der Geschäftsbeziehungen sowie für die Akquisition neuer Kunden. Im Rahmen einer ertrags-

---

und risikoorientierten Geschäftspolitik bleibt die Festigung der starken Marktposition ein wichtiges strategisches Ziel.

Zukunftspotenziale lassen besonders die Wachstumsbranchen unserer Kernregion erwarten, zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft, die Umwelt- und Energietechnik oder die Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Die Region verzeichnet eine sehr hohe Gründungsintensität. In der Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Berlin wird die Beratung und Finanzierung von Unternehmensgründungen weiterhin einen großen Stellenwert im Geschäftsfeld Firmenkunden haben.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden wird auch in Zukunft in Qualität als Wettbewerbsfaktor investieren. Die Umsetzung der Qualitätsstrategie bleibt in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen ein zentrales Ziel. So wird die durch den TÜV Rheinland zertifizierte Beratungs- und Servicequalität für alle Vertriebswege im Firmenkundengeschäft regelmäßig einem Re-Audit unterzogen. Das bereits erreichte, hohe Qualitätsniveau soll dadurch weiter gefestigt werden.

Das Geschäftsfeld erwartet eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung, jedoch wird sich der Ergebnisbeitrag unter anderem infolge des zunehmenden Drucks auf die Zinsmargen in den nächsten beiden Jahren eher moderat positiv entwickeln.

### ***Immobilienfinanzierung***

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte 2011 seine Position unter den Top 3 der inländischen Immobilienfinanzierer weiter festigen.

Auch künftig bleibt die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bundesweit auf Investoren-Finanzierung und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risiko-adäquatem Pricing bestehen. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen zum Zweck einer ausgewogenen Portfoliodurchmischung.

Nachdem die Immobilienmärkte 2011 beim Transaktionsvolumen nochmals zulegen konnten, wird vor dem Hintergrund der Staatsschulden- und Euro-Krise für 2012 keine wesentliche Steigerung erwartet. Einhergehend mit der Rückkehr von Wettbewerbern an den Markt und dem massiven Auftreten der Versicherungsunternehmen werden die Chancen auf Neugeschäftswachstum erheblich geschmälert. Hinzu kommen die bereits 2011 festzustellenden rückläufigen Aktivitäten der Kapitalanlagegesellschaften. Der starke Wettbewerb zeigt sich

---

bereits durch massiven Druck auf die Margen und durch eine teilweise höhere Risikobereitschaft einiger Wettbewerber.

Chancen für eine Neugeschäftsausweitung sehen wir in einer noch intensiveren Zusammenarbeit mit den deutschen Sparkassen. Hiervon versprechen wir uns eine noch bessere Marktdurchdringung. Die Erweiterung unserer Produktpalette und unseres Dienstleistungsangebotes soll zusätzliches Ertragspotenzial heben.

Vor diesem Gesamthintergrund erwarten wir für 2012 keine Fortsetzung des starken Anstiegs des Kreditbestands wie im Vorjahr und schließen auch einen leichten Anstieg der Risikovorsorge nicht aus. Die 2011 erreichte Steigerungsrate des Ergebnisses wird aus diesen Gründen in den nächsten zwei Jahren abflachen.

### ***Kapitalmarktgeschäft***

Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden die Weichen auf die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht-kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz gestellt. Die Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordern die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Investitionen in technische Plattformen, um die benötigten marktgängigen strukturierten Produkte zeitnah, wettbewerbsfähig und in den benötigten Volumina anbieten zu können. Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur stehen deshalb im Mittelpunkt der nächsten Jahre.

In den letzten Jahren hat die LBB mehrere Preise für innovative Produkte (Zertifikate) mit hoher Qualität und ausgezeichnetem Service gewonnen. Dieser Wettbewerbsvorteil wird verstärkt für den Ausbau des Kundengeschäfts genutzt. Die Bank wird als Partner und Dienstleister die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen und dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Die Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale zielen auf die Erwirtschaftung stabiler Erträge und auf die weitere Verringerung der Ergebnisvolatilität des Geschäftsfelds. Über das Gesamtportfolio der Aktivitäten strebt das Kapitalmarktgeschäft für die kommenden zwei Jahre ein deutlich positives Ergebnis an.

---

## **Mittelfristplanung**

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise hat zu einer Korrektur der bisherigen Ergebniserwartungen geführt.

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2016 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

## **Zusammenfassung / Gesamtaussage**

Die Landesbank Berlin Holding AG erwartet für den Konzern eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Die Holding geht davon aus, dass der Konzern seine positive Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen kann. Die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone erschweren jedoch eine Prognose. Der Vorstand geht nach dem schlechten Ergebnis des Jahres 2011 für die nächsten zwei Jahre davon aus, das Ergebnis vor Steuern auf das Niveau des Geschäftsjahres 2010 steigern zu können, die Kapitalbasis kontinuierlich zu stärken und dabei eine Dividendenzahlung wieder zu ermöglichen.

## Bilanz der Landesbank Berlin Holding AG zum 31. Dezember 2011

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2010 TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>					
I. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	(1)	2.956.979			2.956.979
				<b>2.956.979</b>	<b>2.956.979</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(2)	262.924			412.576
2. sonstige Vermögensgegenstände	(2)	27.741			17.403
			290.665		429.979
II. Guthaben bei Kreditinstituten					
	(2)		212.991		212.991
				<b>503.656</b>	<b>642.970</b>
<b>C. Aktive latente Steuern</b>					
1. Aktive latente Steuern	(3)		377.243		480.078
				<b>377.243</b>	<b>480.078</b>
<b>Summe der Aktiva:</b>				<b>3.837.878</b>	<b>4.080.027</b>

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2010 TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>					
I. Gezeichnetes Kapital					
	(4)		2.554.741		2.554.741
II. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklage	(4)	38.514			38.514
2. andere Gewinnrücklagen	(4)	693.166			796.000
			731.680		834.514
III. Bilanzgewinn					
	(4)		1.914		140.808
				<b>3.288.335</b>	<b>3.530.063</b>
<b>B. Rückstellungen</b>					
1. Steuerrückstellungen					
	(5)		109.376		108.612
2. sonstige Rückstellungen					
			9.732		7.814
				<b>119.108</b>	<b>116.426</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
	(6)		213.538		213.538
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					
	(6)		25		27
3. sonstige Verbindlichkeiten					
davon aus Steuern	(6)	4	216.872		219.973
					(22)
				<b>430.435</b>	<b>433.538</b>
<b>Summe der Passiva:</b>				<b>3.837.878</b>	<b>4.080.027</b>

<b>Eventualverbindlichkeiten</b>					
1. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften					
	(11)		44.800		266.928
2. Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen					
	(11)		1.091.797		1.307.641
				<b>1.136.597</b>	<b>1.574.569</b>



**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin Holding AG  
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011**

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2010 TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	(7)		6.435	1.377
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)		11.874	12.050
3. Erträge aus Beteiligungen			0	26
davon aus verbundenen Unternehmen		0		(26)
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			16.300	249.322
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(8)		4.222	5.946
davon aus verbundenen Unternehmen		3.401		(3.965)
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(8)		11.971	14.805
davon aus verbundenen Unternehmen		221		(222)
<b>7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>			<b>3.112</b>	<b>229.816</b>
8. Außerordentliche Aufwendungen	(9)		0	1.184
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(3), (10)		106.176	-48.580
davon aus latenten Steuern		102.835		(-58.337)
10. Sonstige Steuern			-1.241	5
<b>11. Jahresüberschuss / -fehlbetrag</b>			<b>-101.823</b>	<b>277.207</b>
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	(4)		902	1.807
13. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	(4)			
aus anderen Gewinnrücklagen			102.835	0
14. Einstellungen in Gewinnrücklagen	(4)			
in die gesetzliche Rücklage			0	13.860
in andere Gewinnrücklagen			0	124.346
<b>15. Bilanzgewinn</b>	(4)		<b>1.914</b>	<b>140.808</b>

# Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2011

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (Holding) ist Mutterunternehmen für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin. Neben diesem Jahresabschluss wird ein Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften gemäß § 315a HGB erstellt und veröffentlicht. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG, Berlin (LBB) erstellt gemäß § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Die Landesbank Berlin Holding AG nimmt im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, welche Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist Tochterunternehmen der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg. Die Konzernabschlüsse der Konzerne Landesbank Berlin Holding AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB), der LBB und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB) werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Bilanzierung

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend werden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die Holding gilt gemäß § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB als große Kapitalgesellschaft.

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt. Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

### Bewertung

#### Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB der Wert beibehalten.

Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

# Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

### (1) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert zum 31.12.2010</b>	<b>2.957</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2010	3.037
Zugänge 2011	0
Abgänge 2011	0
Umbuchungen 2011	0
Effekte aus Wechselkursänderungen 2011	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2011	3.037
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2010	80
Zugänge 2011	0
Abgänge 2011	0
Zuschreibungen 2011	0
Umbuchungen 2011	0
Effekte aus Wechselkursänderungen 2011	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2011	80
<b>Buchwert zum 31.12.2011</b>	<b>2.957</b>

### (2) Umlaufvermögen

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um ein Geschäftskonto bei der Landesbank Berlin AG in Höhe von 246,6 (i.Vj.: 163,3) Mio. EUR.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich mit 27,7 (i.Vj.: 17,4) Mio. EUR um Forderungen gegenüber den Finanzbehörden.

Die gesondert ausgewiesenen Guthaben bei Kreditinstituten und die anderen Forderungen sind sämtlich im Folgejahr fällig.

### (3) Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen diverser Vermögensgegenstände, Schuldposten und Rechnungsabgrenzungsposten in den Handels- und in den Steuerbilanzen des Organkreises und die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge übersteigen deutlich die passiven latenten Steuern auf entsprechende temporäre Differenzen. In Höhe des Saldos wurden unter Zugrundelegung eines Ertragssteuersatzes von 30,175% aktive latente Steuern angesetzt. Dieser Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftssteuersatz von 15% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35%.

Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden insoweit angesetzt wie deren Nutzbarkeit unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung bei der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer in den kommenden fünf Jahren hinreichend wahrscheinlich erscheint. Zur Beurteilung wird auf die aktuelle Mittelfristplanung unter Berücksichtigung steuerlicher Abweichungen zurückgegriffen.

Im Einzelnen ergeben sich zum 31.12.2011 aktive und passive latente Steuern im Zusammenhang mit folgenden Positionen:

Aktive latente Steuern:
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden
Schuldverschreibungen, Aktien, andere Wertpapiere
Beteiligungen
Immaterielle Vermögensgegenstände
Sachanlagen
Sonstige Vermögensgegenstände
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden
Sonstige Verbindlichkeiten
Passive Rechnungsabgrenzungsposten
Pensionsrückstellungen
Steuerrückstellungen
Andere Rückstellungen
Passive latente Steuern:
Anteile an verbundenen Unternehmen

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand dar.

in TEUR / %	2011
Ergebnis vor Ertragsteuern nach HGB	4.353
Ertragssteuersatz	30,175%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	1.313
1. Steuerfreie Erträge	-25.021
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	31.105
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	1.952
4. Steuersatzabweichungen	0
5. aperiodische Effekte aktiver latente Steuern	100.753
6. Nicht abzugsfähige Ertrags- oder Quellensteuer	976
7. Aperiodische Effekte laufende Steuern	-5.219
8. Sonstiges	316
Ausgewiesener Ertragssteueraufwand/Steuerertrag (-)	106.175
Effektiver Steuersatz	2439,122%

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus im Inland steuerfreien ausländischen Erträgen der Organtochter LBB und aus nach § 8b Abs. 2 KStG steuerfreien Erträgen. Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen vor allem nach § 8b Abs. 3 KStG nicht abzugsfähige Aufwendungen, eine gemäß Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) zu leistende Avalprovision und die erstmals in 2011 erhobene Bankenabgabe. Die Position „aperiodische Effekte aktive latente Steuern“ resultiert ganz überwiegend aus der Minderung der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge aufgrund der angepassten Mittelfristplanung.

## **(4) Eigenkapital**

Das gezeichnete Kapital der Holding beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 hat die Holding ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Holding am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 bis zum 14. Juni 2015 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Der Kaufpreis je Aktie darf den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Insgesamt dürfen aufgrund dieser Ermächtigung Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden; zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen.

Die Holding hat im Berichtsjahr eigene Aktien weder gehalten noch erworben.

Im Kreditgeschäft hat das 100 %ige Tochterunternehmen LBB zum Jahresende 2011 gemäß § 71e AktG 9.527 (i.Vj.: 10.027) Stückaktien der Holding als Pfand genommen; dies entsprach 0,0 (i.Vj.: 0,0 %) des gezeichneten Kapitals.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG im Namen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH hat der Landesbank Holding außerdem gemäß § 21 Abs. 1, § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Weiterhin hat die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH mitgeteilt, dass sämtliche der vorgenannten Stimmrechte ihr über die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind, da die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH alleinige Komplementärin und Inhaberin sämtlicher Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist.

Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 1. Januar 2008 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und zu diesem Tag 10,63 % (106.199.981 Stimmrechte) betrug.

Durch Auflösung von anderen Gewinnrücklagen in Höhe der Nettoauflösung latenter Steuern von 102,8 (i.Vj.: Zuführungen i.H.v. 138,2) Mio. EUR und unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 0,9 (i.Vj.: 1,8) Mio. EUR ergibt sich aus dem Jahresfehlbetrag in Höhe von 101,8 (i.Vj. Jahresüberschuss 277,2) Mio. EUR ein Bilanzgewinn von 1,9 (i.Vj.: 140,8) Mio. EUR.

Eine Ausschüttungssperre auf die Gewinnrücklagen besteht in Höhe der aktivierten latenten Steuern in Höhe von 377,2 (i.Vj.: 480,0) Mio. EUR.

## (5) Rückstellungen

Die Rückstellungen bestehen im Wesentlichen für Steuern vom Einkommen und Ertrag und damit zusammenhängende steuerliche Nebenleistungen.

## (6) Verbindlichkeiten

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 216,9 (i.Vj.: 220,0) Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um eine Eindeckungsverpflichtung für Wertpapiere.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch die Verpfändung der Guthaben bei Kreditinstituten besichert. Sie sind, wie auch die restlichen Verbindlichkeiten, sämtlich im Folgejahr fällig.

## Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

## (7) Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2011	2010
Konzernleistungsverrechnung	3	3
Beratungs-, Prüfungs-, Gerichtskosten sowie Gebühren	2	2
Versicherungsbeiträge	2	2
Bewertungsaufwand	0	1
Zuführung zu Drohverlustrückstellungen	5	4
Insgesamt	12	12

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen einen Bewertungsertrag in Höhe von 3,0 (i.Vj.: 0,0) Mio. EUR. Daneben werden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von insgesamt 3,4 (i.Vj.: 1,3) Mio. EUR ausgewiesen, von denen 2,4 (i.Vj.: 0,5) Mio. EUR auf Erträge aus der Auflösung von Zinsrückstellungen für Steuern entfallen. Letztere wurden im Vorjahr unter der Position Zinsergebnis abgebildet. Der Vorjahreswert wurde angepasst.

## (8) Zinsergebnis

in Mio. EUR	2011	2010
Zinserträge	4	6
aus Forderungen	3	4
Zinsen aus Steuererstattungen	1	1
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0	1
Zinsaufwendungen	12	15
für Verbindlichkeiten	7	7
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	5	8
Insgesamt	-8	-9

Im Vorjahr ausgewiesene Zinserträge aus der Auflösung von Zinsrückstellungen für Steuern werden im Berichtsjahr in der Position Sonstige betriebliche Erträge abgebildet. Die diesbezügliche Reduzierung des Vorjahreswertes beläuft sich auf 0,5 Mio. EUR. In den Zinsaufwendungen sind 0,2 Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten. Der für das Vorjahr angepasste Wert beträgt 0,2 Mio. EUR.

## **(9) Außerordentliche Aufwendungen**

Im Jahr 2011 werden keine außerordentlichen Aufwendungen ausgewiesen. Im Vorjahr betreffen diese ausschließlich den Erstanwendungseffekt aufgrund der Einführung des BilMoG in 2010 beim Ansatz von Rückstellungen.

## **(10) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Der ausgewiesene Ertragssteueraufwand in Höhe von 106,2 (i.Vj.: -48,6) Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus der Minderung der aktiven latenten Steuern in Höhe von 102,8 (i.Vj.: -58,3) Mio. EUR. Hinzu kommt ein Aufwand bei den tatsächlichen Steuern von insgesamt 3,4 (i.Vj.: 9,7) Mio. EUR. Darin enthalten ist ein aperiodischer Steuerertrag von 5,2 (i.Vj.: 3,6) Mio. EUR.

## **Sonstige Angaben**

### **(11) Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Holding in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen der von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die LBB, die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Holding bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Patronatserklärungen sind durch die Holding nicht abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Holding als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Landesbank Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm in Höhe von 1.091,8 (i.Vj.: 1.307,6) Mio. EUR, die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die LBB übertragen werden konnten.

Aus dem Vertrieb eines geschlossenen Immobilienfonds ist die Holding verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus eventuell ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 8,5 (i.Vj.: 3,5) Mio. EUR.

Daneben verbürgt die Holding 35 Zertifikate und Schuldverschreibungen in Höhe von 44,8 (i.Vj.: 266,9) Mio. EUR, die sie in der Vergangenheit emittiert und in 2006 auf die LBB übertragen hat.

Die zugunsten verbundenen Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da davon auszugehen ist, dass die zugrundeliegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Die Holding hat keine Dienstverträge mit Beschäftigten abgeschlossen. Die Durchführung der Geschäfte erfolgt durch das Tochterunternehmen LBB im Wege einer Geschäftsbesorgung.

Entlehene Wertpapiere in Höhe von 215,9 (i.Vj.: 219) Mio. EUR werden zur besicherten Refinanzierung verwendet.

## **(12) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats**

Die den Vorstand der Obergesellschaft Holding bildenden Herren Dr. Evers und Müller sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Dienstverträge der Herren Dr. Evers und Müller sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlt, erhält von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Holding im Jahre 2011 132 (i.Vj.: 132) TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2011	2010
Gesamtbezüge des Vorstands	0	0
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	390	389

<sup>1)</sup> ohne Umsatzsteuer



Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2011** folgende Vergütungen von der LBB:

in TEUR	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 <sup>1)</sup>	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 <sup>1)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>					
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	855 (330)	78	43	56	1.032
Martin K. Müller (LBB H, LBB) <sup>3)</sup> <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	683 (290)	40	25	44	792
<b>Summe Organmitglieder LBB H</b>	<b>1.538</b>	<b>118</b>	<b>68</b>	<b>100</b>	<b>1.824</b>
Jan Bettink (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	726 (360)			49	775
Serge Demolière (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig <sup>4)</sup></i>	1.022 (653)	30	22	-44	1.030
Hans-Jürgen Kulartz (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	657 (246)	42	25	55	779
Patrick Tessmann (LBB) <i>davon nicht ruhegehaltstfähig <sup>4)</sup></i>	598 (250)	28		19	645
<b>Vergütung 2011 LBB gesamt</b>	<b>4.541</b>	<b>218</b>	<b>115</b>	<b>179</b>	<b>5.053</b>

<sup>1)</sup> Im März 2011 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die entsprechend der bestehenden Vergütungsregelungen ausgezahlt und in die Vergütung 2011 einbezogen wurden.

<sup>2)</sup> Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 153 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 19 TEUR (Herr Demolière hat eine Rückvergütung die Vorjahre betreffend in Höhe von 77 TEUR geleistet); daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

<sup>3)</sup> Herr Müller wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der Holding bestellt.

<sup>4)</sup> ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2010** folgende Vergütungen von der LBB:

in TEUR	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 <sup>1)</sup>	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 <sup>4)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>					
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	850	216		45	1.111
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>				
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	228		33	970
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>				
<b>Summe Organmitglieder LBB H</b>	<b>1.559</b>	<b>444</b>		<b>78</b>	<b>2.081</b>
Serge Demolière (LBB)	1.014	108		57	1.179
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> <sup>5)</sup>	<i>(650)</i>				
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	651	126		45	822
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>				
Martin K. Müller (LBB)	675	126		34	835
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>				
Patrick Tessmann (LBB) <sup>3)</sup>	375	0		34	409
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> <sup>5)</sup>	<i>(188)</i>				
<b>Vergütung 2010 LBB gesamt</b>	<b>4.274</b>	<b>804</b>		<b>248</b>	<b>5.326</b>

<sup>1)</sup> Im März 2010 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die zu 60 % ausgezahlt und in die Vergütung 2010 einbezogen wurden. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

<sup>2)</sup> Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 141 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

<sup>3)</sup> Herr Tessmann wurde mit Wirkung zum 1. April 2010 in den Vorstand der LBB bestellt.

<sup>4)</sup> Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgswirksamen (variablen) Vergütungen geleistet worden; zudem gelten die Regelungen hinsichtlich einer nachhaltigen Vergütungsregelung erst ab dem Geschäftsjahr 2009.

<sup>5)</sup> ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a, Satz 6 bis 8 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Folgende Leistungen wurden für aktive Vorstandsmitglieder in der **LBBH in 2011** aufgewandt oder zurückgestellt:

<b>TEUR</b>	<b>Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2011 <sup>1)</sup></b>	<b>Bilanzierte Pensionsrückstellung</b>	<b>Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2011</b>
<b>Mitglieder des Vorstands</b>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	386	1.713	2.798
Martin K. Müller (LBB H, LBB)	207	1.366	1.406
<b>Summe Organmitglieder LBB H</b>	<b>593</b>	<b>3.079</b>	<b>4.204</b>
Jan Bettink (LBB) <sup>2)</sup>	-49	2.169	2.169
Serge Demolière (LBB)	335	1.727	2.236
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	381	1.757	2.686
Patrick Tessmann (LBB) <sup>2)</sup>	305	459	459
<b>LBB gesamt</b>	<b>1.565</b>	<b>9.191</b>	<b>11.754</b>

<sup>1)</sup> inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG

<sup>2)</sup> Für die nach dem 01.01.2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Folgende Leistungen wurden für aktive Vorstandsmitglieder in der **LBBH in 2010** aufgewandt oder zurückgestellt:

<b>TEUR</b>	<b>Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2010 <sup>1)</sup></b>	<b>Bilanzierte Pensionsrückstellung</b>	<b>Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2010</b>
<b>Mitglieder des Vorstands</b>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	9	1.328	2.496
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	-293	2.351	3.522
<b>Summe Organmitglieder LBB H</b>	<b>-284</b>	<b>3.679</b>	<b>6.018</b>
Serge Demolière (LBB)	12	1.392	1.940
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	29	1.375	2.377
Martin K. Müller (LBB)	90	1.159	1.202
Patrick Tessmann (LBB) <sup>2)</sup>	154	154	154
<b>LBB gesamt</b>	<b>1</b>	<b>7.759</b>	<b>11.691</b>

<sup>1)</sup> inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG

<sup>2)</sup> Für die nach dem 01.01.2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Die für das **Geschäftsjahr 2011** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2011	2010		2011	2010
<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>			<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>		
Heinrich Haasis	45,0	45,0	Michael Jänichen	25,0	25,0
Bärbel Wulff	35,0	35,0	Daniel Kasteel	15,0	15,0
Hans Jörg Duppré	15,0	15,0	Thomas Mang	25,0	25,0
Michael Dutschke	15,0	15,0	Frank Meysel	15,0	15,0
Christina Förster	15,0	15,0	Wolfgang Pansegrau	15,0	15,0
Gerhard Grandke	15,0	15,0	Helmut Schleweis <sup>2)</sup>	25,0	12,7
Artur Grzesiek	15,0	15,0	Peter Schneider	15,0	15,0
Sascha Händler	15,0	15,0	Friedrich Schubring-Giese	15,0	15,0
Gerald Herrmann	15,0	15,0	Dr. Harald Vogelsang	15,0	15,0
Jürgen Hilse <sup>1)</sup>	-	11,5	Frank Wolf	25,0	25,0
Claus Friedrich Holtmann	15,0	15,0			
<b>Summe</b>				<b>390,0</b>	<b>389,2</b>
zuzügl. USt				55,1	56,9
<b>Gesamtaufwand</b>				<b>445,1</b>	<b>446,1</b>

<sup>1)</sup> Mitglied bis 15. Juni 2010

<sup>2)</sup> Mitglied seit 15. Juni 2010

### (13) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Holding in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in der Anlage 1 und Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

### (14) Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden im Internetauftritt der Holding veröffentlicht.

Einzelheiten zum Erwerb oder zur Veräußerung von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werden im Internetauftritt der Holding unter „Meldepflichtige Geschäfte gemäß § 15a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1 % der von der Holding ausgegebenen Aktien (Ziffer 6.6 DCGK).

## (15) Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

**Meldendes Unternehmen: Landesbank Berlin Holding AG**

**Stand: 31.12.2011**

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Aurora Erwerbsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 12)</sup>	100,00	EUR	k. A.	k. A.
2.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	5.528	2.830
3.	Bavaria Immobilien Projektsteuerung GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	-3.166	-1.325
4.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschrankter Haftung, Berlin <sup>2) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	51	0
5.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	26	0
6.	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin <sup>1) 3) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	830.903	1.567
7.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	21	-2
8.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	-75	-100
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	-30.211	-10.702
10.	Crown Court Property London Ltd., London <sup>1) 10) 13)</sup>	100,00	GBP	16.000	595
11.	egs Entwicklungsgesellschaft Sudhorn mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	94,00	EUR	-1.832	-190
12.	Eurospeedway Lausitz Entwicklung GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	550	90
13.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	100	0
14.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	9.436	0
15.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	-925	-997
16.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>1) 10)</sup>	76,71	EUR	-25.772	-1.259
17.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>1) 10)</sup>	99,93	EUR	-8.688	327
18.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin <sup>1) 10)</sup>	60,22	EUR	-4.245	-140
19.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München <sup>1) 8)</sup>	78,10	EUR	45	-6
20.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	26	0
21.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking <sup>1) 10)</sup>	92,49	92,47 EUR	62	-25
22.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	19	0
23.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	111	-6
24.	Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>4) 10)</sup>	100,00	EUR	2.861.243	0
25.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg <sup>1) 3) 10)</sup>	100,00	EUR	168.984	23.813
26.	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin <sup>4) 10)</sup>	100,00	EUR	10.660	0
27.	Lausitzring GmbH & Co. KG i. L., Klettwitz <sup>1) 8)</sup>	70,00	EUR	-84.277	44
28.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	1.351	10
29.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	5.880	0
30.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	1.460	0
31.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	3.200	0
32.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin (ehemals DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin) <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	314	-37
33.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>1) 10)</sup>	74,99	EUR	21.110	-2.674
34.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	101	2
35.	SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	25	0
36.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin <sup>1) 12)</sup>	66,67	EUR	k. A.	k. A.
37.	SKP Beteiligungs GmbH & Co. KG, Berlin <sup>1) 12)</sup>	0,00	100,00	k. A.	k. A.
38.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	2	0
39.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	1.036	0
40.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	732	187
41.	Wohnbau Tafelgelande Beteiligungs GmbH, Nürnberg <sup>1) 10)</sup>	75,00	EUR	45	-1
42.	Wohnbau Tafelgelande GmbH & Co. KG, Nürnberg <sup>1) 10)</sup>	75,00	EUR	624	131

<b>Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.</b>						
43.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin <sup>1) 10)</sup>	47,47		EUR	<b>31.537</b>	<b>1.885</b>
44.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	30,00		EUR	<b>82</b>	<b>5</b>
45.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main <sup>1) 11)</sup>	25,10		EUR	<b>21.422</b>	<b>7.994</b>
46.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	21,79		EUR	<b>8.594</b>	<b>106</b>
47.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	50,00		EUR	<b>179</b>	<b>35</b>
48.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	49,00		EUR	<b>-211</b>	<b>-28</b>
49.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin <sup>1) 6)</sup>	49,00		EUR	<b>3</b>	<b>-1</b>
50.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin <sup>1) 8)</sup>	48,48		EUR	<b>-2.987</b>	<b>-2.987</b>
51.	GbR TOCOTAX <sup>1) 8)</sup>	0,00	33,33	EUR	<b>0</b>	<b>-171</b>
52.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin <sup>1) 10)</sup>	50,00		EUR	<b>-1.032</b>	<b>117</b>
53.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München <sup>1) 10)</sup>	39,60	20,00	EUR	<b>25</b>	<b>0</b>
54.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover <sup>1) 8)</sup>	0,00	50,00	EUR	<b>328</b>	<b>49</b>
55.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum <sup>1) 10)</sup>	42,39		EUR	<b>99</b>	<b>-11</b>
56.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin <sup>1) 5)</sup>	0,00	40,00	EUR	<b>0</b>	<b>0</b>
57.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen <sup>1) 10)</sup>	30,00			<b>538</b>	<b>38</b>
58.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München <sup>1) 10)</sup>	49,00	36,30	EUR	<b>-2.780</b>	<b>214</b>

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem. Abdruck unter Ziffer (11) des Anhangs

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag

5 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.

6 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

7 Es liegen Daten zum 30.09.2009 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

8 Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

9 Zahlen aus JA/Anteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH)

10 Es liegen Daten zum 31.12.2010 vor.

11 Es liegen Daten zum 30.09.2011 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

12 Die Gesellschaft wurde in 2011 gegründet.

derzeit noch keine Daten

Kurs vom 31.12.2010

13 1 EUR = 0,8607 GBP

## Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft
1. Landesbank Berlin AG, Berlin
2. Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

## Organe der Landesbank Berlin Holding AG

### Vorstand

**Dr. Johannes Evers**  
Vorsitzender

**Martin K. Müller**

### Aufsichtsrat

<b>Heinrich Haasis</b> Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands
<b>Bärbel Wulff *)</b> stellv. Vorsitzende	stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Hans Jörg Duppré</b>	Präsident des Deutschen Landkreistages
<b>Michael Dutschke *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referent Organisationssteuerung der Landesbank Berlin AG
<b>Christina Förster *)</b>	Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
<b>Gerhard Grandke</b>	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
<b>Artur Grzesiek</b>	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn
<b>Sascha Händler *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Spezialist/Teamkoordinator Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG
<b>Gerald Herrmann *)</b>	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
<b>Claus Friedrich Holtmann</b>	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
<b>Michael Jänichen *)</b>	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG



<b>Daniel Kasteel *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Projektmitarbeiter im Bereich Kredit der Landesbank Berlin AG
<b>Thomas Mang</b>	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
<b>Frank Meysel *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Bereich Compliance der Landesbank Berlin AG
<b>Wolfgang Pansegrau *)</b>	stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Helmut Schleweis</b>	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Friedrich Schubring-Giese</b>	Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf *)</b>	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\*) Arbeitnehmersvertreter

Berlin, 14. Februar 2012

**Der Vorstand**

Dr. Evers

Müller

**Anlagen**

Anlage 1:	Mandate von Mitgliedern des Vorstands (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)
Anlage 2:	Mandate von Mitgliedern des Aufsichtsrats (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)

## Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

## Vorstand

### Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
    - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
    - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  - b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
    - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (bis 21.02.2011)
    - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
    - S-Kreditpartner GmbH, Berlin (seit 07.06.2011)
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

### Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands (seit 01.01.2011)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
    - BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (bis 21.02.2011)
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin (seit 07.06.2011)
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg

## Mandate des Aufsichtsrats nach § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31. Dezember 2011 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
- \*) Arbeitnehmersvertreter

## Aufsichtsrat

### Heinrich Haasis

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Deutsche Sparkassen Leasing Verwaltungs-AG, Bad Homburg
  - Landesbank Berlin AG, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.
- Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt a. M.

Mitglied des Aufsichtsrats des

- Universitätsklinikum, Tübingen

### Bärbel Wulff \*)

stellv. Vorsitzende

stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

---

- a) stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

### Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages

---

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Flugplatz GmbH Aeroville, Zweibrücken

### Michael Dutschke \*)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Referent Organisationssteuerung der Landesbank Berlin AG

---

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

### **Christina Förster \*)**

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

---

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

### **Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

  - SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart

Mitglied des Aufsichtsrats der

  - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt a. M. und Erfurt

Mitglied des Verwaltungsrats der

  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Aufsichtsrats der

  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
  - OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt a. M.

### **Artur Grzesiek**

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
  - VEMAG Verlags und Medien AG, Köln

### **Sascha Händler \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Spezialist/Teamkoordinator im Bereich Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG

---

- b) Mitglied des Beirats der
  - Bauen und Wohnen am Hochdamm KG

### **Gerald Herrmann \*)**

Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di, Bundesverwaltung Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
  - Talanx AG, Hannover
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

### **Claus Friedrich Holtmann**

Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam
- Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin  
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Holding AG, Dresden  
- Feuerversicherung Berlin Brandenburg AG (seit 27.10.2011)  
- Öffentliche Leben Berlin Brandenburg AG (seit 27.10.2011)
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.
- Mitglied des Verwaltungsrats der  
- Sächsischen Aufbaubank AöR, Dresden (vom 03.03.2011 bis 26.10.2011).

### **Michael Jänichen \*)**

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der  
- MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam
- Mitglied des Bundesbeirats der  
- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg v.d.H.

### **Daniel Kasteel \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Projektmitarbeiter im Bereich Kredit der Landesbank Berlin AG

---

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

### **Thomas Mang**

Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin  
- Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover  
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart  
- Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover  
- Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover  
- Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover  
- Öffentliche Versicherung Braunschweig, Braunschweig  
- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg  
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg  
- Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH, Fürstenberg

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.
- NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover
- Sparkassen International Development Trust GmbH, Berlin
- Förderungsgesellschaft des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes mbH, Hannover

Mitglied im Verwaltungsrat der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

### **Frank Meysel \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Mitarbeiter im Bereich Compliance der Landesbank Berlin AG

---

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

### **Wolfgang Pansegrau \*)**

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 31. Dezember 2011)

### **Helmut Schleweis**

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
  - Handwerk Media AG, Ubstadt-Weiher
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
  - MehrWert Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

### **Peter Schneider**

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart
- SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Badische Allgemeine Versicherungs AG, Karlsruhe
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- S.V. Holding AG, Dresden

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Baden-Württembergische Bank, Stuttgart  
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
- Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart  
- Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (ab 8. November 2010)
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (bis 8. November 2010)  
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz  
- Rheinland-Pfalz Bank, Mainz  
- Sachsen Bank, Leipzig
- Mitglied des Verwaltungsrats der  
- Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe  
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.
- Vorsitzender der Trägerversammlung der  
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung der  
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (bis 8. November 2010)  
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz

### Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Consal Beteiligungs-AG, München <sup>1)</sup>  
- Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München <sup>1)</sup>  
- Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken <sup>1)</sup>  
- Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin <sup>1)</sup>  
- Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin <sup>1)</sup>  
- SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken <sup>1)</sup>  
- SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken <sup>1)</sup>
- Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf  
- ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf  
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Holding AG, Dresden  
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden  
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- DR Swiss Deutsche Rückversicherung Schweiz AG, Zürich  
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart  
- MehrWert Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf

---

<sup>1)</sup> Konzernmandat



### **Dr. Harald Vogelsang**

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen  
  - Mitglied des Aufsichtsrats der
    - Landesbank Berlin AG, Berlin
  
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
  - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart  
  - Mitglied des Verwaltungsrats der
    - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

### **Frank Wolf \*)**

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
  - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 21. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

## **Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

**Berlin, den 21. Februar 2012**

**Der Vorstand**

Dr. Johannes Evers

Martin K. Müller

## **Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns 2011**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der ordentlichen Hauptversammlung gemeinsam vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.914 T€ in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

## **Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG**

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2011 in sechs Plenumsitzungen sowie in acht Ausschuss-Sitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

### **Schwerpunkte der Aufsichtsrats Tätigkeit**

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns.

In der Sitzung vom 10. Februar 2011 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2010 und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des zurückliegenden Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit den Veränderungen der stillen Reserven und stillen Lasten im Vergleich zum Vorjahr, dem Strategiedokument nach MaRisk sowie mit der Anpassung des Vergütungssystems an die Instituts-Vergütungsverordnung und mit Vorstandsangelegenheiten befasst. Zudem hat der

Aufsichtsrat die Umsetzung aktueller DCGK-Empfehlungen und die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 25. März 2011 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2010 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2010 einschließlich des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2010. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Prüfung des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG, die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats, über die Einberufung und die Tagesordnung sowie die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung am 16. Juni 2011 einschließlich des Vorschlags für die Wahl des Abschlussprüfers. Neben der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2010 und zum Corporate Governance Bericht 2010 beschloss der Aufsichtsrat, die Effizienzprüfung seiner Tätigkeit anhand einer Checkliste vorzunehmen. Der Aufsichtsrat befasste sich mit dem Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten aus dem Kreis des Aufsichtsrats sowie dem Sachstandsbericht zum Projekt ‚Wege zum Kunden‘.

In der Sitzung am 16. Juni 2011 vor Beginn der Hauptversammlung hat sich der Aufsichtsrat neben der ausführlichen Berichterstattung durch den Vorstand über die Geschäftsentwicklung der ersten vier Monate zudem über Beteiligungsangelegenheiten und den Stand der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts informieren lassen. Darüber hinaus wurden neben dem Vergütungsbericht, die Auswertung der Ergebnisse der Effizienzprüfung der Aufsichtsrats Tätigkeit im Jahr 2010 sowie Vorstandsangelegenheiten behandelt.

Am 27. Juli 2011 informierte der Vorstand über die Geschäftsentwicklung des laufenden Jahres und über den Erwerb von Geschäft und Vermögensgegenständen der readybank ag durch die S-Kreditpartner GmbH.

Am 15. September 2011 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben der Ergebnis- und Risikoanalyse im Segment Zinsmanagement den Stand der Überlegungen zur Wandlung der stillen Einlage. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2011. Er befasste sich mit

Vorstandsangelegenheiten und informierte sich über das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung sowie den Erwerb der Anteile der NordLB an der BHS Berliner Hannoverschen Software GmbH und Verschmelzung der BHS auf die Landesbank Berlin AG.

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr am 4. November 2011 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum III. Quartal, die aktuelle Geschäftsentwicklung und informierte über den Ergebnisausblick. Einen weiteren Schwerpunkt der Aufsichtsratsstätigkeit bildete die Erörterung der Mittelfristplanung und der Gesamtbankstrategie. In diesem Zusammenhang behandelte der Aufsichtsrat eingehend die Auswirkungen aus der Staatsschuldenkrise auf die Situation und Entwicklung des Unternehmens. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über den LBB-internen Abschlussbericht zur DPR-Prüfung und die D & O-Versicherung informieren lassen.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2011 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2011 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

### **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss trat im Berichtsjahr in acht Sitzungen zur Vorberatung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen; drei der Sitzungen wurden als Telefonkonferenzen abgehalten. Gegenstand dieser Telefonkonferenzen war die Erörterung des vorläufigen Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2010 bzw. des jeweiligen Zwischenberichts zum 31. März 2011 und 30. Juni 2011 mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schwerpunktmäßig befasste sich der BPS-Ausschuss insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie mit Vorstandsangelegenheiten. Zudem befasste er sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen.



Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2011 nicht zusammen.

### **Corporate Governance**

Der Aufsichtsrat hat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) intensiv erörtert. Im Frühjahr 2011 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2012 haben Vorstand und Aufsichtsrat die DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des DCGK vom 26. Mai 2010 abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für den Aufsichtsrat und den Vorstand der Holding und der LBB für 2011 ein gemeinsamer Corporate Governance-Bericht erstellt. Tatsächliche oder potentielle Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter [www.lbb-holding.de](http://www.lbb-holding.de) abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie ein ausführlicher Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den Seiten 138 ff. und 7 ff. dieses Berichts zu entnehmen.

### **Personalia Vorstand**

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

### **Personalia Aufsichtsrat**

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger

Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

### **Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen**

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2011 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gem. § 312 AktG erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

### **Jahresabschluss 2011**

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2011 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vor und während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der Holding wurde

nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Gremienmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich gem. DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2011 in seiner Sitzung vom 12. März 2012 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2011 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 1.914.232,44 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2011 in einem weiteren für die gesamte Finanzbranche schwierigen Jahr erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2012

Der Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

## **Corporate Governance-Bericht**

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) werden als Leitlinien guter Unternehmensführung verstanden. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften orientieren sich unabhängig von ihrer Rechtsform an den Empfehlungen des DCGK, soweit seine Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbildes von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB. Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert ebenfalls freiwillig ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

### **1. Vorstand**

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Die Vorstände der Holding und der LBB sorgen für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern. Sie entwickeln die strategische Ausrichtung der jeweiligen Gesellschaft, stimmen sie mit ihrem Aufsichtsrat ab und stellen deren Umsetzung sicher.

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen wird auf Vielfalt geachtet und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen angestrebt. Die LBB fühlt sich seit vielen Jahren der Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet. In Bereichen, in denen Frauen unter-

repräsentiert sind, sollen sie bei der Stellenbesetzung bei gleichwertiger Qualifikation vorrangig berücksichtigt werden.

Chancengleichheit erfordert, dass Begabung, Potential und Kompetenz beider Geschlechter gleichermaßen anerkannt und gefördert werden. Nähere Informationen zur Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind in der Erklärung zur Unternehmensführung unter dem Link [www.lbb-holding.de/corporate-governance](http://www.lbb-holding.de/corporate-governance) veröffentlicht.

Die Vorstände der Holding und der LBB informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung. Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten.

Die Zusammensetzung der Vorstände der Holding und der LBB und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind im jeweiligen Lage- und Konzernlagebericht dargestellt.

## **2. Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsratsgremien insgesamt soll nach Auffassung der Aufsichtsräte den Grundsätzen der Vielfalt (Diversity) entsprechen. Die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat werden in der Hauptversammlung gewählt. Die Arbeitnehmer wählen ihre Vertreter gemäß den Regeln des Mitbestimmungsgesetzes in einer eigenen Wahl. Auf die Auswahl der Aufsichtsratskandidaten der Arbeitnehmer kann der Aufsichtsrat keinen Einfluss nehmen.

Für seine Zusammensetzung hat der Aufsichtsrat entsprechend der Empfehlung in Ziffer 5.4.1 DCGK konkrete Ziele beschlossen:

- Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands durch den Aufsichtsrat sichergestellt ist. Die zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten sollen aufgrund ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen in der Lage sein, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in einer Bankgruppe mit einem regional auf Berlin-Brandenburg ausgerichteten Privat- und Firmenkundengeschäft sowie einem überregionalen Kapitalmarkt- und Immobilienfinanzierungsgeschäft wahrzunehmen.
- Angesichts des Schwerpunktes der Geschäftstätigkeit innerhalb Deutschlands sowie des besonderen Fokus auf die Region Berlin-Brandenburg sind erhöhte Anforderungen an die internationalen Erfahrungen der Aufsichtsratsmitglieder nicht zwingend erforderlich.
- Bei den Wahlvorschlägen soll der Aufsichtsrat insbesondere auf eine angemessene Beteiligung von Frauen achten. Bereits bei der Prüfung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Gegenwärtig sind bei der Holding zwei Frauen und bei der LBB ebenfalls zwei Frauen im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat ist weiterhin bestrebt, diese Anzahl bei der nächsten Aufsichtsratswahl im Jahr 2014 mindestens zu wahren oder wenn möglich zu erhöhen.
- Bei ihrer Wahl sollen die Aufsichtsratsmitglieder in der Regel nicht älter als 68 Jahre sein.
- Dem Gremium gehört eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder an, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder zu deren Vorstand stehen. Darüber hinaus regelt die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, dass Aufsichtsratsmitglieder keine Interessen verfolgen dürfen, die im Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft und ihrer Konzernunternehmen stehen.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte werden namentlich im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen ihren jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden. In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komple-

ter Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss hat der Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss gebildet.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2011 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise dem der LBB zu entnehmen. Der Bericht des Aufsichtsrats der Holding ist im Geschäftsbericht abgedruckt.

Ein Mitglied des Kreditausschusses enthielt sich der Stimme bei einer Beschlussfassung im Kreditausschuss aufgrund eines anderen ausgeübten Mandats. Weitere tatsächliche oder potentielle Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie -auf freiwilliger Basis - der Aufsichtsrat der LBB haben auch im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Prüfliste durchgeführt, die von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurde. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung beurteilten beide Aufsichtsratsgremien ihre Arbeit als effizient. Die wenigen Verbesserungsvorschläge wurden dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

### **3. Aktionäre und Hauptversammlung**

Die Aktionäre der börsennotierten Holding nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jede Aktie verbrieft das gleiche Stimmrecht. Die Hauptversammlung entscheidet über die ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben, zu denen unter anderem die Gewinnverwendung, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Bestellung des Abschlussprüfers, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, Satzungsänderungen und Kapitalmaßnahmen gehören. Den Vorsitz der Hauptversammlung führt grundsätzlich der Aufsichtsratsvorsitzende. Um den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, werden die notwendigen Unterlagen im Anschluss an die Einberufung im Internet veröffentlicht. Es besteht für die Aktionäre die Möglichkeit, einen Stimmrechtsvertreter mit der weisungsgebundenen Ausübung ihrer Stimmrechte zu beauftragen.

#### **4. Transparenz**

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2011 keine meldepflichtigen Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2011 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

#### **5. Vergütungsbericht**

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen und über die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten berichtet. Der Vergütungsbericht enthält auch Angaben zu der für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Konzerngesellschaften bestehenden Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D&O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im jeweiligen Lagebericht und Konzernlagebericht enthalten. Die personifizierte Angaben zu den Bezügen des Vorstands und den Leistungen für den Fall der regulären Beendigung der Vorstandstätigkeit sowie zu den Bezügen der Mitglieder des Aufsichtsrats sind im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding dargestellt. Konzernlagebericht und Konzernanhang der Holding sind Teil dieses Geschäftsberichts.

#### **6. Bilanzierung**

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2011 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Jahres- und Konzernabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaften und des Konzerns informiert. Für den Konzernabschluss der Holding ist dieser dem Konzernlagebericht zu entnehmen.



## **7. Finanzpublizität**

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte der Holding und der LBB sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

## **8. Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex**

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 26. Mai 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und wie folgt im Februar 2012 abgegeben.

## **II. Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG**

- § 1 Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte im Februar 2011. Seit diesem Zeitpunkt hat die Landesbank Berlin Holding AG den Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Kodexfassung vom 26. Mai 2010, veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 2. Juli 2010 unter den in § 2 genannten Ausnahmen entsprochen und wird diesen vorbehaltlich der in § 2 genannten Ausnahmen auch zukünftig entsprechen.
- § 2 (a) In der D&O-Versicherung ist für die Mitglieder des Aufsichtsrats kein dem gesetzlichen Selbstbehalt für die Mitglieder des Vorstands entsprechender Selbstbehalt von mindestens 10 Prozent des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vorgesehen (Ziff. 3.8 DCGK).

Der für die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen der D&O-Versicherung vereinbarte Selbstbehalt in Höhe einer halben Jahresfestvergütung hat sich bewährt und sollte daher nicht verändert werden. Der bestehende Selbstbehalt erfüllt den Regelungszweck und wird für angemessen gehalten, die Aufsichtsratsaufgaben pflichtgemäß und gewissenhaft wahrzunehmen, insbesondere die Geschäftsführungstätigkeit des Vorstands dahingehend zu überwachen, dass keine unangemessenen Risiken für das

Unternehmen eingegangen werden. Einer Erhöhung des Selbstbehalts wird auch keine weitergehende verhaltenssteuernde Funktion beigemessen. Sie ist daher weder erforderlich noch sachgerecht.

- (b) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach einschließlich Nebenleistungen auf zwei Jahresvergütungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK).

Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein Abfindungs-Cap vereinbart wird.

- (c) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrates auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

- (d) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).

Der Aufsichtsrat erhält keine variable erfolgsorientierte Vergütung (vgl. § 13 der Satzung der Landesbank Berlin Holding AG). Eine an die Dividendenhöhe geknüpfte Vergütung ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungs-

vollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

Berlin, im Februar 2012

Vorstand und Aufsichtsrat

der Landesbank Berlin Holding AG